

Geschenkt

In seiner Rede zur Lage der Nation lieferte der Premierminister kaum Antworten auf dringende Fragen. Statt Strukturreformen durchzuführen, verteilt die Regierung Almosen

Check-In/Check-Out

Covid Check dans les entreprises et administrations : le gouvernement refile la patate chaude aux entrepreneurs, les syndicats tombent dans le piège victimisant des antivax

Choc énergétique

Le prix du gaz a quadruplé en quelques mois. L'énergie de source renouvelable manque. L'Europe se creuse la tête

À la veille du Grand Soir

La pensée fiscale nationale se collectivise. La fondation Robert Krieps a mobilisé les sommités locales. Du prêt-à-légiférer après l'invitation au débat formulée par Xavier Bettel cette semaine

Le monde d'après attendra

Dans l'exposition *Post-Capital : Art et économie à l'ère du digital*, les artistes mettent en lumière les aspects les moins vertueux du monde contemporain

Photo : Anthony Dehez





Wie schon 2019 stand die Klimakrise im Vordergrund der Rede von Premier Xavier Bettel

Geschenkt

Luc Laboulle

In seiner Rede zur Lage der Nation lieferte Premierminister Xavier Bettel kaum Antworten auf die dringenden Fragen unserer Zeit. Statt tiefgreifende Strukturreformen durchzuführen, verteilt die Regierung Almosen

Nolauschartour In den vergangenen Wochen hatte Premierminister Xavier Bettel von der Demokratischen Partei sich sozialmedienwirksam auf „Nolauschartour“ begeben und hielt sich wie die CSV „bei de Leit“ auf. Mit Paulette Lerner (LSAP) besuchte er ein Krankenhaus und ein Impfzentrum, mit Corinne Cahen (DP) stattete er einer Beschäftigungsinitiative und einer Struktur für Menschen mit intellektueller Beeinträchtigung eine Visite ab. Mit Claude Meisch (DP) ging er in eine Grundschule, mit Lex Delles (DP) in ein Hotel und in einen Zero-Waste-Laden, mit Romain Schneider (LSAP) auf einen Bauernhof. Alleine begab er sich in eine *Maison relais* und in eine Berufsschule. Dazwischen sprach er vor der UN-Vollversammlung in New York und traf den EU-Ratspräsidenten Charles Michel. Überall führte er mit den Menschen tief-sinnige Gespräche. Sie teilten ihm ihre Sorgen mit, wie ein Schwamm saugte der Premierminister sie auf. Mit diesen Erfahrungen im Gepäck ging er zurück in sein Ministerium, schloss sich in sein Büro ein und schrieb seine Rede zur Lage der Nation. So suggeriert es ein Trailer, den Bettel am Montag unter dem Hashtag #edln2021 auf Twitter veröffentlichte. Am Dienstag stellte er sein 46-seitiges Meisterwerk dem Parlament vor. Es trägt den bedeutungsschwangeren Titel: *Eise Wee. Eist Zil*.

Es war Bettels dritte Rede zur Lage der Nation in dieser Legislaturperiode und seine achte ins-

Wohnen wird hingegen nicht gratis, ja nicht einmal billiger, was eine wirkliche Entlastung der Haushalte dargestellt hätte

gesamt. Seit seiner ersten Ansprache 2014 (mit rund 107 300 Zeichen in der schriftlichen Version) war es auch seine längste (mit 96 700 Zeichen). In *Lëtzebuerg stärken, Chancen nutzen a Perspektive schafen* (90 000 Zeichen) ging es

im Oktober 2020 fast ausschließlich um die sanitären und wirtschaftlichen Auswirkungen von Covid-19. Am Dienstag knüpfte Bettel wieder an seine Rede *Weider maachen amplaz weidermaachen* von 2019 an.

Damals wie heute stand die Klimakrise im Vordergrund seiner Ansprache, damals wie heute widmete der Premierminister ihr fast zehn Seiten, nur dass die Rede am Dienstag mehr als doppelt so lang war wie die vom 8. Oktober 2019 (mit 45 700 Zeichen). Ein weiterer Unterschied zu damals ist, dass sich die Regierung in dem von der EU-Kommission geforderten Klimaplan inzwischen hehre und hohe Ziele gesteckt und ein Klimagesetz verabschiedet hat, das sie zur Einhaltung dieser Ziele verpflichtet. „Noch haben wir einen langen Weg vor uns“, stellte Bettel am Dienstag fest, denn noch ist weitgehend unklar, auf welchem konkreten Weg die Regierung ihre Klimaziele erreichen will.

Sozialdialog Ein neuer Bürgerrat für Klimafragen, den der Premierminister einberufen will, soll die Regierung auf ihrem langen Weg begleiten. Dieser Bürgerrat soll sich aus 100 Mitgliedern zusammensetzen, die „die demographische Realität Luxemburgs und damit die Bevölkerung repräsentieren sollen“. Die Erkenntnisse, die im Bürgerrat gewonnen werden, sollen im Parlament diskutiert werden. Mit der Klima-Plattform und dem Observatorium für Klimapolitik hatte

die Regierung bereits im Klimagesetz verbindlichere Gremien geschaffen, die ähnliche Funktionen erfüllen sollen. Erst am Montag hatten die drei national repräsentativen Gewerkschaften OGBL, LCGB und CGFP sich in einer gemeinsamen Mitteilung darüber beklagt, dass sie lediglich über die Saliariatskammer mit zwei Vertreter/innen in der Klimaplattform repräsentiert sein sollen, während die Unternehmer- und Investorenverbände sieben Vertreter/innen stellen.

Die Einrichtung eines Bürgerrats lässt dann auch darauf schließen, dass der Sozialdialog als Garant für den sozialen Frieden zwar erhalten werden soll, wie Bettel betonte (Ende des Jahres soll eine Tripartite stattfinden), künftig könnte er allerdings nicht mehr nur die klassischen Sozialpartner Saliariat und Patronat, sondern verstärkt auch Menschen aus anderen zivilgesellschaftlichen Bereichen einschließen.

Bürgerbeteiligung und ein breiter Sozialdialog scheinen wichtiger denn je. Selten zuvor gingen so viele Menschen auf die Straße wie in den vergangenen Jahren: Nicht nur wegen des Klimawandels, auch wegen der Wohnungsnot mit ihren sozialen Folgen und zuletzt auch immer häufiger wegen der Corona-Maßnahmen. Weil alle diese dringenden Probleme aber nicht ohne drastische Entscheidungen mit weitreichenden Konsequenzen gelöst werden können und der liberale Finanzminister Pierre Gramegna sein Versprechen

einer großen Steuerreform aus diversen Gründen nicht einlösen kann, hat die Regierung nun beschlossen, den Zorn und die Enttäuschung des Volkes mit Almosen zu besänftigen.

Gratis Nach dem Erfolg des gratis öffentlichen Transports, der Einführung von 20 Stunden gratis Kinderbetreuung und gratis Schulbüchern sollen Kinder aus Haushalten mit kleinen und mittleren Einkommen künftig zusätzlich in der Schule gratis eine warme Mahlzeit bekommen. In der Grundschule soll flächendeckend eine gratis Hausaufgabenhilfe angeboten werden und ein Großteil der Musikurse soll künftig ebenfalls gratis sein. Ab der nächsten *Rentrée* soll auch die *Maison relais* während der Schulzeit gratis sein (selbst wenn manche Gemeinden es nicht einmal schaffen, allen Kindern einen Platz anzubieten). Insgesamt kommt das Wort gratis 13 Mal in Bettels Rede vor; auffällig ist, dass vor allem der liberale Bildungsminister Claude Meisch die Spendierhosen angezogen hat. Doch auch die liberale Familienministerin Corinne Cahen lässt sich nicht lumpen. Ab Januar 2022 hebt sie die Teuerungszulage um mindestens 200 Euro an und koppelt das Kindergeld wieder an den Index, dies sogar rückwirkend zur nächsten Indextranche in diesem Oktober.

Wohnen wird hingegen nicht gratis, ja nicht einmal billiger, was eine wirkliche Entlastung der Haushalte dargestellt hätte, sondern immer



Die CSV machte
50 konkrete
Vorschläge



Zum ersten Mal
seit 18 Monaten
empfing
Kammerpräsident
Fernand Etgen die
Abgeordneten
wieder am
Krautmarkt



Weil die
Sonnenblumen
aus waren,
trugen die
Grünen eine
gelbe Nelke
am Revers



Die Sozialist/
innen hatten
sich eine rote
Rose angesteckt

teurer. Daran wird sich auch in den kommenden Jahren nichts ändern. Das in der Verfassung verbriefte (Natur-)Recht auf Eigentum wird nicht angerührt, doch mit einer Spekulationssteuer sollen all jene bestraft werden, die ihr Land absichtlich unbebaut und ihre Wohnungen unbewohnt lassen und damit „immer reicher werden“. Also nicht jene, „die in ihren eigenen vier Wänden leben“, sondern die, „für die das Wohnen lediglich ein Spekulationsobjekt ist“. Was mit den unzähligen Eigentümer/innen passieren wird, die ihr Land und/oder ihre Wohnungen lediglich zurückhalten, damit ihre Nachkommen es besser haben als sie? Man darf gespannt sein. Nach dem *Pacte logement 2.0* werde mit dieser laut Bettel „mutigen Entscheidung“ ein weiterer „Paradigmenwechsel“ in der Wohnungsbaupolitik eingeleitet. Bis zu Bettels nächster Rede zur Lage der Nation sollen der liberale Finanzminister, die sozialistische Innenministerin Taina Bofferdin und der grüne Wohnungsbauminister Henri Kox einen Gesetzentwurf zur allgemeinen Reform der Grundsteuer liefern, die der Spekulationssteuer als Berechnungsgrundlage dienen wird.

Um den Impfskeptiker/innen und Corona-Leugner/innen den Wind aus den Segeln zu nehmen, will die Regierung sich von der OECD in einer

unabhängigen Studie noch einmal bescheinigen lassen, dass sie die Krise gut bewältigt hat.

Ping-Pong Mit der Rede zur Lage der Nation wurde wie bereits in den vergangenen beiden Jahren die neue Kammer session eröffnet. Erstmals seit 18 Monaten trafen die Abgeordneten sich wieder im Sitzungssaal auf dem Krautmarkt. Die Grünen trugen gelbe Nelken am Revers, weil die Sonnenblumen aus waren. Die Sozialisten hatten sich statt roter Nelken die edleren roten Rosen angesteckt.

Der sozialistische Minister für soziale Sicherheit und Landwirtschaft, Romain Schneider, der bereits vor drei Wochen angekündigt hatte, 2023 auf eine Kandidatur zu verzichten, war nicht zur Rede der Lage der Nation erschienen; er musste offenbar dem europäischen Rat für Landwirtschaft und Fischerei beiwohnen. Außenminister Jean Asselborn war wenig überraschend auch nicht da. Paulette Lenert war hingegen gekommen, obwohl an dem Tag ein informeller Rat der Gesundheitsminister/innen stattfand, an dem sie anschließend über Vi-

deokonferenz teilnahm. Vizepremier Dan Kersch, der 2023 ebenfalls nicht mehr Minister werden will, musste nach einer Stunde gehen. Seinen Platz neben dem Premier nahm Innenministerin Taina Bofferdin ein.

Am Mittwoch begann mit den Debatten dann wieder das übliche rhetorische Ping-Pong-Spiel zwischen Mehrheit und Opposition, das die Regierungsparteien seit drei Jahren meist knapp mit 31 zu 29 gewinnen. Die CSV hat den größten Schläger im

Parlament, sie hat ihn in den vergangenen beiden Tagen nicht ungeschickt eingesetzt. Immerhin hat sie nicht nur Kritik geübt, sondern 50 konkrete Vorschläge in den unterschiedlichsten Bereichen vorgelegt und ihr neues Narrativ einer ideologiefreien Partei „bei de Leit“ konsequent weitergesponnen. Ob ihre 50 konkreten Vorschläge patentere Lösungen als die der Regierung für die gesellschaftlichen Herausforderungen wie Klimawandel, Wohnungskrise und soziale Ungleichheit liefern, steht allerdings auf einem anderen Blatt. ●



Bürgerbeteiligung und ein breiter Sozialdialog scheinen wichtiger denn je. Selten zuvor gingen so viele Menschen auf die Straße wie in den vergangenen Jahren

LEITARTIKEL

Am Dach arbeiten

Peter Feist

Die Erwartungen waren groß: Würde der Finanzminister in seiner *Budgetsried* vielleicht doch Änderungen am Steuersystem ankündigen? Wenn die große Reform schon ausfällt wegen Corona – vielleicht könnte es kleine Anpassungen geben, Änderungen an der Progression der Einkommensteuertabelle vielleicht?

Doch nachdem Premier Xavier Bettel nichts dergleichen im *État de la Nation* am Dienstag erwähnt hatte, war es vom Finanzminister am Tag danach beim Depot des Haushaltsentwurfs 2022 auch nicht zu erwarten. Stattdessen hielt Pierre Gramegna es mit John F. Kennedy: „The best time to repair the roof is when the sun is shining“, hatte JFK im „State of the Union“ 1962 gesagt. Gramegna kündigte weiterhin hohe Investitionsausgaben an. 3,2 Milliarden Euro nächstes Jahr, bis 2025 könnten sie auf 3,6 Milliarden steigen. Investiert werde in Schienen, Straßen und Radwege; in Schulen und Spitäler; in Ladesäuler für Elektroautos; ins 5G-Netz und ins Glasfaser-Internet. Sogar mit *Quantum Computing* soll Luxemburg sich abgeben können.

„Wir können uns das leisten.“ Austerität sei „ein Holzweg“, auch wenn das Defizit der reinen Staatsausgaben 2025 noch 712 Millionen betragen soll. Solche Worte sollen die Opposition kaltstellen, der bei so viel Spendierlaune der Regierung kaum etwas anderes bleibt als einen schnelleren Abbau der durch die Corona-Pandemie gewachsenen Staatsschuld zu fordern, als Gramegna ihn plant. Doch der Finanzminister konnte am Mittwoch vorrechnen, dass die Schuld höchstens um 27 BIP-Prozent oszillieren, aber nie das Limit von 30 Prozent erreichen werde, das die Regierung sich gesetzt hatte. Gar nicht zu reden von den 60 Prozent in den Maastricht-Kriterien. Und da die Luxemburger Wirtschaftsleistung 2020 nicht um sechs Prozent schrumpfte, sondern nur um 1,8 Prozent, für dieses Jahr sechs Prozent Wachstum angekündigt sind und schon Anfang dieses Jahres „der Reichtum von vor Beginn der Krise“ wieder aufgeholt war, konnte Gramegna erklären: „Wir können uns das leisten.“ Austerität sei „ein Holzweg“.

In Infrastrukturen und Energieeffizienz zu investieren, ist sicherlich eine gute Idee. Beihilfen für Innovationen und für Klimaschutz auszureichen, auch. Wenn man sie sich leisten kann – umso besser. Weil in Luxemburg die Finanzbranche ein Drittel der Wirtschaftsleistung liefert und weil Finanzkapital seinen Weg zu Steuerschlupflöchern und Investmentfonds auch findet, wenn die Menschen eine Seuche fürchten müssen, kam das Großherzogtum glimpflich durch die Krise. Doch im Staatshaushaltsentwurf 2022 werden auf der Einnahmenseite 52 Prozent der 19,4 Milliarden Euro aus direkten Steuern (10,1 Milliarden) gedeckt. Hiervon ebenfalls 52 Prozent (5,2 Milliarden) aus Steuern auf Löhnen und Gehältern, den Rest tragen vor allem die Betriebe bei. Diese Akzentuierung sorgt strukturell dafür, dass Luxemburg immer weiteres Wachstum ermöglichen muss, weitere Betätigungsfelder für die dominante Finanzbranche und immer neue Arbeitsplätze. Nur dann lassen sich die hohen Sozialtransfers finanzieren, die nächstes Jahr 47 Prozent der Staatsausgaben ausmachen.

Was dann wieder zu der Debatte über „Steuergerechtigkeit“ führt, die eigentlich auch eine über die Struktur der Luxemburger Wirtschaft sein müsste. Pierre Gramegna deutete es schon an: Investoren schätzten die Zuverlässigkeit und Vorhersehbarkeit hierzulande. Was ein Grund dafür sei, dass 2022 auch auf kleine Änderungen am Steuersystem verzichtet werde. Ein anderer sei die derzeit international laufende Debatte um eine Mindestbesteuerung von Unternehmen.

Vermutlich ist da viel Wahres dran. Denn die Regierung beschränkt sich vorerst auf selektive Sozialpolitik in Kinderbetreuung und Schulesen, eine Anpassung des Révis und eine Erhöhung der Teuerungzulage um 200 Euro. Vor allem für die DP aber wird sich die Frage stellen, wie sie ihre Mittelschichtenwähler/innen bei Laune halten will. Sofern nicht etwa dadurch, dass die geplante Grundsteuerreform und eine Spekulationssteuer erst Ende 2022 konkreter werden, wie der Premier am Dienstag sagte. Und das zu spät wäre, um vor den nächsten Wahlen darüber abzustimmen.

STAATSHAUSHALT

Fir de Wäin

Finanzminister Pierre Gramegna – hier mit Kammerpräsident Fernand Etgen (DP), dem Vorsitzenden der Finanzkommission, André Bauler (DP), und Haushaltsberichterstatter Dan Biancalana (LSAP) – verglich in seiner *Budgetsried* die Bemühungen für Klimaschutz mit der Pflege eines Weinbergs. Auf der Luxemburger CO₂-Bilanz lastet vor allem der Spritexport. 2020 gingen 61 Prozent der Emissionen auf den „Transport“ zurück, davon waren 80 Prozent „Export“. Doch die Tankstellen-Akzisennische sichert bis zu 15 Prozent der Staatseinnahmen, was sie fiskalisch sehr relevant macht. Leicht zu fassen ist ihr Haushalts-Beitrag jedoch nicht: Akzisen haben einen „autonom“ von Luxemburg erhobenen Anteil sowie einen „gemeinsam“ in der Zollunion mit Belgien erhobenen. Die Einnahmen aus autonomen Akzisen auf Treibstoffe sollen zwischen 2022 und 2025 von 183,8 Millionen Euro auf 161 Millionen sinken. Wegen der CO₂-Bilanz sei das „erwünscht“, so der Finanzminister.

Ein Ende der Tankgeschäft-Nische bedeutet das nicht. Zum einen, weil sie als Paket niedrig besteuert Produkte funktioniert, das neben Kraftstoffen auch Tabak und Alkohol umfasst. An den Akzisen auf Letztere soll sich nichts ändern. Die Einnahmen aus der autonomen Zigarettensteuer sollen zwischen 2022 und 2025 von 201,9 Millionen auf 218,8 Millionen Euro steigen, was die Mindereinnahmen aus den Treibstoffakzisen fast ausgleiche. Die andere Unbekannte fürs Tankstellengeschäft liegt im Klimapaket „Fit for 55“ der EU-Kommission. Es sieht unter anderem ab 2023 neue EU-weite Mindestakzisen auf Energieprodukte vor. Weil sie sich nach dem Energieinhalt der Produkte richten sollen, verschwände der Steuervorteil, der für Diesel zurzeit noch besteht.

Doch die Kommission will auch Schluss damit machen, dass Straßengüterbetrieben die Akzisen auf kommerziell genutzten Diesel rückerstattet werden können. Das tun nicht alle EU-Staaten, aber Frankreich und Belgien zum Beispiel. Noch ist „Fit for 55“ politisch nicht *acquis*. Aber entfele die Rückerstattung, würde Luxemburger Diesel vor allem für belgische LKW-Firmen wieder sehr attraktiv, trotz CO₂-Steuer. Zumindest für ein paar Jahre, ehe es Elektro- und Wasserstoff-LKWs gibt. Die Diesellakzisen-Einnahmen des Staats würden in die Höhe schnellen, die nationale CO₂-Bilanz zur Katastrophe. Die Regierung habe zu dieser Frage „noch keine Position“, sagten vergangene Woche Umweltministerin Carole Dieschbourg und Energieminister Claude Turmes (beide Grüne) dem *Land*. Ebenfalls nicht dazu, ob aus haushaltspolitischen Erwägungen der Diesel- durch einen Elektro- und Wasserstoff-Tanktourismus ersetzt werden könnte. Für Elektrofahrzeuge scheint das möglich: „Fit for 55“ will Strom steuerlich begünstigen. Die derzeitige

Luxemburger Stromsteuer (die der Mitfinanzierung der Pflegeversicherung dient) ist im EU-Vergleich sehr klein, müsste durch „Fit for 55“ nicht steigen (Foto: Anthony Dehez). pf

Maison du Grand-Duc

Für die Maison du Grand-Duc, die 2020 auf den Waringo-Bericht hin neu geschaffene Verwaltung des Hofes, sieht der Staatshaushaltsentwurf 2022 Ausgaben von 14 Millionen Euro vor. Das sind 3,5 Millionen weniger als im Übergangsjahr 2021, als die Zuordnung des Personals der Maison zum öffentlichen Dienst vorgenommen werden musste. Laut Mehrjahreshaushalt sollen die Ausgaben bis 2025 nur um eine Million Euro wachsen, vor allem wegen auf 800 000 Euro veranschlagten Mehrausgaben für Personal. Für die Zivilliste des Großherzogs sind 2022 1,26 Millionen eingeplant, für 2025 wird mit 1,37 Millionen gerechnet. Die Repräsentationskosten des Staatshofes sollen nächstes Jahr 489 000 Euro betragen können und vielleicht 517 000 Euro im Jahr 2025. An Kapitalausgaben plant der Mehrjahreshaushalt für die Maison du Grand-Duc über fünf Jahre 13,4 Millionen Euro ein, vor allem 9,1 Millionen für die „Absicherung“ des Palais in Luxemburg-Stadt und der Schlösser Berg und Fischbach. pf

Öffentlich wohnen

Der 2020 neu eingerichtete Wohnungsbau-Spezialfonds soll 2022 bis 2025 mit insgesamt 1,03 Milliarden Euro dotiert werden. Weil der Fonds schon über Einlagen verfügt, sollen daraus in den nächsten fünf Jahren 1,29 Milliarden für öffentlich bezuschussten Wohnungsbau entnommen werden, fast 300 Millionen nächstes Jahr. pf

Auto, Bus, Bahn und Rad

Die hohen Investitionsausgaben des Staats betreffen vor allem die Transportinfrastruktur: 1,47 Milliarden Euro sollen zwischen 2022 und 2025 aus dem Straßenbaufonds, 2,62 Milliarden



aus dem Schienenbaufonds fließen. Bemerkenswert ist, dass rund die Hälfte der Schienen-Ausgaben allein für Unterhalt und Instandsetzung des Netzes anfallen und nichts mit Neubau zu tun haben. Die größten Schienenprojekte sind die Vervollendung der Neubaustrecke Luxemburg-Bettemburg und der Ausbau der Tram. Die wichtigsten Straßenbauvorhaben sind der teilweise Ausbau der Autobahnen A3 und A6 auf zweimal drei Spuren sowie der „multimodale“ Ausbau der A4 mit einem „Vélos-Expresswee“. pf

Für die Sicherheit

Während Polizeiminister Henri Kox (Grüne) am Mittwoch eine zweite Rekrutierungskampagne ankündigte, der sich noch weitere anschließen könnten, um 600 zusätzliche Polizist/innen im Einsatz zu haben, legte der Finanzminister die Basis dafür. Von 2022 bis 2025 sollen die Personalausgaben der Polizei von 228,4 Millionen Euro auf 272,7 Millionen wachsen. Kleiner sind die Personalausgaben der Armee: 291 Millionen von 2022 bis 2025. Für die Verteidigung sollen in der Zeit insgesamt 837 Millionen aufgewandt werden. Plus 922 Millionen Kapitalausgaben aus dem Fonds für militärische Ausrüstungen; darunter 213 Millionen für Luxemburgs Beteiligung am *Multi-Role Tanker Transport* sowie 285 Millionen für acht Einzelposten im Bereich „Space“. Derweil soll das Staatsministerium in den nächsten fünf Jahren 25,2 Millionen für seinen Nachrichtendienst erhalten und 31,4 Millionen für das Hochkommissariat für nationale Sicherheit. pf

E U R O P A

Varsovie et Budapest affrontent l'UE

« The most important case of the year. » C'est ainsi que le professeur de droit de l'UE à HEC et au Collège de l'Europe Alberto

Allemand qualifie le litige qui oppose la Hongrie et la Pologne à la Commission et au Parlement européens. Les plaidoiries se tenaient lundi et mardi à la Cour de justice de l'UE au Kirchberg sous l'œil attentif des médias des deux pays d'Europe centrale qui contestent le mécanisme de conditionnalité instauré par le Conseil de l'UE en mars pour lier le versement des fonds européens au respect de l'état de droit. Ce mécanisme qui permettrait de suspendre les aides financières en provenance de l'UE en cas de manque d'indépendance de la justice, de conflits d'intérêts dans l'attribution de marchés ou de détournements dans un État-membre (par exemple) est une innovation. Il revêt une importance majeure alors que l'UE s'apprête à déverser sur l'Europe les quelque 800 milliards d'euros du plan de relance NextGen et les mille milliards (sur sept ans) du budget de l'UE.

Une majorité des États membres et notamment les frugaux (menés par les Pays-Bas), ainsi que la Commission souhaitent s'assurer que cet argent est utilisé dûment et que des gouvernements et leurs proches ne les dévoient pas. Ciblés pendant les négociations, la Hongrie et la Pologne, dirigées par des partis conservateurs ont dénoncé lundi un contournement des traités et une instrumentalisation politique. Les deux pays demandent l'annulation pure et simple du mécanisme. Celui-ci est suspendu dans l'attente du règlement du litige, mais le Parlement européen se hâte de le voir appliqué, notamment dans le contexte de défiance de la Pologne à l'égard de l'UE. Les plaidoiries se sont en effet déroulées quelques jours après que la Cour constitutionnelle de Varsovie a placé la Constitution polonaise au dessus des traités européens, bousculant la hiérarchie des normes et les fondements même de la construction européenne, et laissant craindre un Polexit.

La représentante polonaise a fustigé lundi le manque de séparation des pouvoirs au sujet

du principe de nomination des juges de la Cour, par les gouvernements européens. Le représentant de la Hongrie a lui souligné que l'allocation des fonds et les violations de l'état de droit, pour lesquelles les deux pays se présentent régulièrement à Luxembourg, sont deux procédures dissociées. « Le respect de l'état de droit est une condition essentielle à la bonne gestion financière », a défendu le représentant du Parlement européen, Tamas Lukacs, soulignant que le dispositif vise « à protéger le budget de l'Union ». Le temps presse. La Cour adopte une procédure accélérée pour ce recours déposé en mars. L'avocat général rendra ses conclusions le 2 décembre. L'arrêt pourrait être rendu en début d'année prochaine. pso

P A N D E M I E

Im Wartezustand

Wer sich in der Praxis eines niedergelassenen Arztes gegen Covid impfen lässt, zahlt dafür 52,30 Euro wie für eine Konsultation beim Hausarzt. Doch die CNS erstattet davon nichts zurück. Das ändere sich aber bald, sagte CNS-Präsident Christian Oberlé dem *Land* auf Nachfrage. Der Verwaltungsrat der Kasse hatte schon am 15. September zugestimmt, dass sie die Kosten für den speziellen Covid-Impfakt C47 komplett übernimmt, so dass die zwölfprozentige Patienten-Beteiligung entfällt. Jetzt fehle nur noch das definitive Okay des Sozialministers und die Publikation der Entscheidung im Memorial. Das sei „eine Sache von Tagen“, so Oberlé. Die Kosten sollen retroaktiv rückerstattet werden. pf

Le grand check-in

Bernard Thomas

Le Premier ministre, Xavier Bettel (DP), avait très tôt formellement exclu l'obligation vaccinale, bien qu'une pandémie, ses mutations et ses mutants soient, par essence, imprévisibles. Du coup, la pression se déplace sur le terrain économique et social. En créant la possibilité d'un Covid-Check dans les entreprises et administrations, le gouvernement veut se montrer décisif. Avant de se rendre sur leur lieu de travail, les non-vaccinés devront présenter, tous les deux à trois jours, un test certifié (par exemple par une pharmacie ou un laboratoire), à payer de leur propre poche. Xavier Bettel quitte son rôle habituel de « Mummetränkscher » et imite son modèle, Emmanuel Macron, dont le politologue Pascal Perrineau décrivait récemment la stratégie dans *Les Échos* : « Il se met à l'avant-garde du camp majoritaire, de la 'science', de la 'raison' et de ceux qui considèrent que ce mouvement anti-passe [sanitaire] est farfelu ». Rappel du climat toxique créé par les *fake news*, Facebook et les fantasmes conspirationnistes, Xavier Bettel a informé ce jeudi le Parlement que, suite à l'annonce de l'extension du Covid-Check, il venait de recevoir des « menaces de mort ».

Samedi dernier sur *Radio 100,7*, le ministre du Travail, Dan Kersch (LSAP), assumait la nouvelle ligne gouvernementale : « Il s'agit d'une forme de pression. C'est ce qui est voulu, et il faut le dire clairement. Celui qui ne veut accepter l'offre de la vaccination doit s'attendre à ce que cela lui coûtera quelque chose. La collectivité ne pourra porter ces coûts à l'infini. » Ce faisant, il rompt avec un principe bien établi de la sécurité et santé au travail qui veut que ces frais soient portés par l'employeur. Mais la stratégie de la sensibilisation soft bute sur ses limites : Au cours des derniers mois, le Luxembourg a décroché par rapport à ses voisins. Selon le European Centre for Disease Control, 65 pour cent de la population totale du Grand-Duché aurait reçu au moins une dose, contre 81 pour cent en France, 75 en Belgique et 68 en Allemagne.

Mais l'audace politique a ses limites. Dans son avis, écrit à la va-vite et publié ce mercredi, le Conseil d'État « prend acte » que le gouvernement n'érige pas le régime du Covid-Check en obligation générale, mais « reporte la responsabilité de cette décision, tout comme les conséquences qui en découlent, sur les chefs d'entreprise ou d'administration ». Les Sages auraient pu formuler une opposition formelle. Ils se sont contentés d'une petite phrase acerbe : « Le Conseil d'État estime que les auteurs du projet de loi auraient pu assumer eux-mêmes cette décision. » Dans un communiqué, le LCGB avait exprimé autrement la même idée : Le gouvernement « refille la patate chaude ».

La grande interrogation reste sans réponse : Qu'arrivera-t-il à ceux qui se présenteront sans certificat de vaccination, ni test certifié sur leur lieu de travail ? Le Conseil d'État reste vague sur ce point : « Il incombera au patron de tirer les conséquences pertinentes et d'imposer les sanctions appropriées ». En théorie, le salarié ou fonctionnaire pourrait se voir plongé dans différents scénarios, tous déplaisants. Le moins pénible sera celui d'un retour (plus ou moins forcé) au télétravail. Plus humiliant, le salarié pourrait se voir isolé dans une partie de l'immeuble avec les autres non-vaccinés, où il devra continuer à porter le masque. Encore pire, il pourrait se voir frappé d'une « absence justifiée » mais non-rémunérée. Enfin, le scénario *worst-case* : celui d'un « refus d'ordre », c'est-à-dire d'une faute grave pouvant déboucher sur un licenciement. Mais dans un contexte de pénurie de main d'œuvre, une telle spirale répressive n'est pas forcément économiquement viable. Dans son avis, la Chambre des fonctionnaires s'indigne, elle, des risques d'une sanction disciplinaire, voire d'une révocation, encourus par ses électeurs, ce qui serait « pour le moins choquant ».

Les organisations patronales préparent le terrain à la grande rentrée dans les bureaux « open space ». Leur revendication du Covid-Check en entreprise, finalement reprise par le gouvernement, est censée accélérer le mouvement, en supprimant le port du masque et en minimisant le danger de clusters. Il y a deux semaines, Michel Reckinger expliquait sur *RTL-Radio* que le télétravail ferait baisser « la créativité » ; pire, certains y verraient un moyen d'assurer en parallèle la garde des enfants. Alors que le *middle management* veut réaffirmer son autorité, les restaurateurs et commerçants attendent le retour de leur clientèle captive. En juillet, le président de la Fédération des artisans, Ernest Pirsch, s'indignait ainsi dans *Paperjam* : « Le télétravail nous cause beaucoup de soucis. On a 200 000 frontaliers qui ne font plus leurs achats ici, qui ne vont plus chez le coiffeur le midi ». À moins d'être reconduits de nouveau, les « accords amiables » conclus avec



Covid-Check en entreprise : Alors que le gouvernement refille la patate chaude aux patrons, les syndicats tombent dans le piège victimisant des antivax

les pays voisins sur la fiscalité des frontaliers viendront à échéance le 31 décembre. En 2022, le travail à distance pourrait donc de nouveau se réduire à la portion congrue d'une journée par semaine.

En optant pour le Covid-Check, l'employeur accepte d'endosser une lourde obligation de diligence et de suivre à la lettre les procédures du régime sanitaire. S'y ajoutent les normes de la protection des données : le screening devra être répété quotidiennement, la tenue de listes des vaccinés et non-vaccinés étant interdite par le RGPD. Se pose dès lors la question qui voudra s'imposer un tel casse-tête logistique et juridique, sans parler du *Kulturkampf* qui le sous-tend. Elle se posera avec d'autant plus de stridence dans l'industrie et la construction puisque le télétravail, qui permettra de désamorcer les conflits dans le tertiaire, n'y est pas une option. N'empêche que, dès lundi face à *Paperjam*, Arcelor-Mittal et Luxair se déclaraient a priori favorables à l'introduction du Covid-Check. La mesure sera probablement éphémère. L'effet d'annonce étant justement l'effet recherché, le gouvernement promettant que le dispositif deviendra caduc, dès que le taux de vaccination atteindra les 80 à 85 pour cent. (Puisqu'on parle ici des plus de douze ans, on reste donc loin de l'immunité collective.)

L'horeca sera le seul secteur économique à passer obligatoirement sous le nouveau régime. Le personnel non-vacciné devrait très vite ressentir la pression. Supprimés les auto-tests, qui, dans la pratique, avaient viré à la grande farce. Pour ces salariés mal rémunérés et venant de traverser des mois au chômage partiel, déboursant 200 à 300 euros par mois pour des tests certifiés constituera une charge écrasante. Le ministère de la Santé affirme ne pas disposer de chiffres sur le taux de vaccination des différents groupes socio-professionnels. (Un mauvais point de départ pour la relance annoncée de sa campagne de sensibilisation.) Mais tout porte à croire que les employés du secteur de l'horeca ne comptent pas parmi les plus conscientisés de la lutte contre le Covid-19. Entre mai et septembre 2020, la prévalence du virus y était « significativement plus élevée ». Or, la volonté de participer au *large-scale testing* restait très faible parmi les cuisiniers et serveurs : seulement 27,5 pour cent contre une moyenne nationale de 47,3.

Samedi dernier à Rome, le siège de la Confédération générale italienne du travail (Cgil) fut saccagé par plusieurs centaines de néo-fascistes, de « no vax » et de restaurateurs radicalisés. Le syndicat de gauche était devenu la cible de l'extrême-droite après s'être déclaré favorable au principe (mais critique à son application) du « Green Pass », qui conditionne l'accès aux musées, messes, restaurants et studios de fitness. Depuis ce vendredi, le

Covid-Check italien s'applique également à l'ensemble du monde du travail, tant privé que public. Les principaux syndicats italiens ne s'opposent pas à une vaccination obligatoire, solution qu'ils préfèrent au système du « Green Pass ».

Au Luxembourg, l'IOGBL s'est aligné sur le plus petit dénominateur commun, et lance des appels œcuméniques à « faire preuve de compréhension et de tolérance ». Par peur de salâner une partie de ses membres, Nora Back finit par légitimer la posture victimisante des antivax. Les non-vaccinés seraient « mis sous pression » et « stigmatisés » par le gouvernement qui « divise la société », « menace les gens » et « provoque la colère et la frustration », se plaignait-elle sur *RTL-Radio* il y a deux semaines. Le Covid-Check en entreprise serait « eng ganz, ganz schrecklech Affär », expliquait-elle ce lundi sur *Radio 100,7*. Deux jours plus tôt, au même micro, Dan Kersch n'avait pas mâché ses mots : « S'ils applaudissaient une telle mesure, les syndicats auraient le problème que certains de leurs membres rendraient leur carte ».

La vérité est d'autant plus blessante qu'elle est administrée par le principal allié de l'IOGBL au gouvernement. Mais Dan Kersch s'est affranchi des règles de bienséance à l'égard du « syndicat n°1 ». Peut-être, parce qu'électoralement, il n'a plus rien à perdre. Tout en critiquant les modalités d'application, l'IOGBL entretient le flou artistique quant à sa position de fond sur le Covid-Check. À défaut de stratégie politique, le syndicat se fourvoie dans des tactiques clientélistes. Du coup sa critique principale, répétée *ad nauseam* depuis trois semaines, reste assez formaliste : « Déi schaffend Léit an hier Vertrieder » n'auraient été ni « consultés » ni « impliqués ». L'IOGBL veut au moins sauver les apparences, et prétendre que ses permanents ont voix au chapitre, et demande une entrevue urgente auprès de Xavier Bettel dans une lettre cosignée par la CGFP et le LCGB. Ce dernier a fini pas se ranger derrière sa concurrente, même si, début octobre sur *RTL-Radio*, Patrick Dury s'était encore montré relativement favorable au principe du Covid-Check.

Une fois que les réticents et attentistes se seront résignés, combien restera-t-il d'antivax purs et durs ? Deux études récentes, l'une menée à l'Université de Constance l'autre à l'Université de Milan, estiment leur part à quelque cinq pour cent de la population. La sociologie de ces « irréductibles » paraît encore incertaine. S'agit-il de la classe populaire marginalisée ? De petits-bourgeois avec un penchant pour l'anthroposophie et d'autres ésotérismes ? Et qu'en est-il du milieu des entrepreneurs, qui prônent la « responsabilité individuelle » contre l'intervention étatique, comme l'avait fait Christianne Wickler sur son site post-factuel Expressis-Verbis.

Les canaux de communication avec cette bulle radicalisée semblent rompus. Vendredi dernier au Tramsschapp, lors de la réunion d'information sur la nouvelle Constitution, les députés ont senti souffler un début de tempête trumpiste. Instrumentalisée par l'ADR, la colère des antivax aura dominé la soirée. Après la réunion, quelques députés retrouvaient par hasard une dizaine de manifestants dans un bistrot du coin. Le député vert Charles Margue dit avoir continué à débattre jusqu'à 2h15 du matin avec ces-derniers. Il aurait décidé de rentrer après s'être rendu compte que l'« attitude complotiste » sapait toute base d'entente. « Quand j'ai évoqué le dernier rapport du Giec, on m'a répondu : 'Mais, il faut qu'on puisse tout remettre en question'. Puis on m'a expliqué que ce qu'écrivaient les médias était, de toute manière, commandé par le Premier ministre. Là, j'ai dit : 'Allez, ciao !' » ●

ZUFALLSGESPRÄCH MIT DEM MANN IN DER EISENBAHN

Der letzte Versuch

Am 11. Dezember 2018 versprach Premierminister Xavier Bettel während seiner Regierungserklärung vor dem Parlament: „De Cannabis gëtt an dëser Legislaturperiod awer och allgemeng legaliséiert.“ Drei Jahre später melden DP, LSAP und Grüne, dass sie es sich während des Sommers anders überlegt haben.

Drogenpolitik heißt, mit Drogen Politik zu machen. Da gibt es die rechte, sicherheitspolitische Variante: Sie will Angst schüren, um Anpassung zu erreichen. Für sie sind Drogen Zeichen moralischer Verkommenheit. Sie kriminalisiert den Verkauf und Verzehr ausgewählter Rauschmittel. Die Prohibitionisten versprechen vom menschlichen Elend gesäuberte Fußgängerzonen. Sie verlangen immer mehr Gesetze, Polizisten, Zöllnerinnen, Spürhunde. Am Ende steht der Krieg gegen Drogen.

Da gibt es die liberale, wirtschaftspolitische Variante: Sie erscheint forsch und fortschrittlich. Ihr Leitbild ist der aufgeklärte Kunde auf einem vollkommenen Markt. Sie verteidigt die bürgerliche Freiheit des ungezügelten Konsums, vom Cactus bis zum Straßenstrich. Sie will den Konsum aller Rauschmittel zulassen. Sie will den Verkauf aller oder wenigstens der meisten Rauschmittel zulassen. Heilig ist dem Liberalismus das Recht des Individuums, nicht nur andere, sondern auch sich selbst zugrunde zu richten.

Die linke, gesundheitspolitische Variante schwört auf sozialstaatlich organisierte Warnung und Prävention. Sie ist verständnisvoll. Für sie sind alle Süchtigen Kranke. Sie will deren Betreuung organisieren mit Sozialarbeiterinnen, Erziehern, „Drogenkonsumräumen“, Verbraucherberatung, Therapien und Ersatzstoffen. Zum Handel fällt ihren Befürwortern wenig ein.

Keine der Varianten kann halten, was sie verspricht. In der Praxis werden sie alle drei vermischt. Das wird Pragmatismus genannt. Die Dosierung wechselt mit dem politischen Kräfteverhältnis. Gutbürgerliche Familien schlucken nicht nur Whiskey, *Mother's Little Helpers* und Ritalin. Sie haben auch ihre schwarzen Schafe. Das fördert den Pragmatismus.

Die Widersprüche der Politik mit Drogen sind unlösbar. Sie leiten sich aus der Doppelmoral ab: Dass der Konsum verschiedener Drogen toleriert und ihr

Handel verboten ist. Dass es legale und illegale Drogen gibt. Die Grenzen sind willkürlich. Fanatische Drogengeegner lassen im Wahlkampf kein Weinfest aus. Im Parlament halten sie die Akzisen für den Tabak- und Spirituosenkonsum niedrig.

Drogenpolitik heißt, mit Drogen Politik zu machen. Es gibt eine rechte, eine liberale und eine linke Variante

Kokain befeuert die Führungskräfte des Turbokapitalismus. Heroinabhängige sind arm und obdachlos; sie werden auf Null abgeschrieben. Cannabis gehört zur Freizeitgestaltung der Mittelschichten. Der Handel mit harten Drogen ist global durchkapitalisiert. Der Cannabishandel ist oft mittelständisch. Die liberale Regierung wollte den Schwarzmarkt verrechtlichen. Durch den Wegfall der Risikoprämie wären vielleicht sogar die Preise gefallen.

Die Legalisierung von Cannabis sollte Toleranz gegenüber allen Lebensstilen zeigen. Wie zuvor die Legalisierung der gleichgeschlechtlichen Ehe. Mit Permissivität wollten DP, LSAP und Grüne die Herzen der Jungwählerschaft erobern. Sie wollten die CSV alt und autoritär aussehen lassen. Nun fürchten sie, dass die Nachbarstaaten Analogien zur *Compliance* der Banken und Investitionsfonds herstellen.

Die Legalisierung des Cannabis war der liberalen Koalition letzter Versuch von politischem Voluntarismus. Wie der öffentliche Gratistransport, der Weltraumbau oder die Trennung von Kirche und Staat. Die schwungvollen jungen Männer hatten 2013 versprochen, die Fenster des modrigen CSV-Staats aufzureißen. Die Galiionsfigur des unverschämten Voluntarismus hieß Etienne Schneider. Aber das Preis-Leistungs-Verhältnis enttäuschte ihn bald. Die verbliebenen Regierungsmitglieder sind müde geworden. Nun trauen sich wieder jene, die Schwierigkeiten statt Lösungen suchen. ● Romain Hilgert



Gerüchten zufolge könne der Anbau von Cannabis in

kleinen Mengen legalisiert werden

Le monde d'après attendra

France Clarinval

Dans l'exposition *Post-Capital : Art et économie à l'ère du digital*, les artistes mettent en lumière les aspects les moins vertueux du monde contemporain

Peter Drucker s'est trompé Le gourou du management (1909-2005), bien que farouche défenseur du libre-marché, croyait en l'émergence d'une société post-capitaliste, où le savoir et la connaissance prendraient le pas sur le capital, le foncier ou le travail. À la place des capitalistes et des prolétaires, la société verrait les classes des travailleurs du savoir et des travailleurs des services. Son ouvrage, *Post-Capitalist Society*, paru en 1993, imaginait cette transformation achevée autour de 2020. Comme les affres prédits par George Orwell dans *1984* ne sont pas apparus cette année-là (même si bien des aspects de cette dystopie peuvent finalement se constater aujourd'hui), les prédictions de Peter Drucker étaient sans doute trop optimistes. S'il avait pressenti l'impact des technologies de l'information sur le marché du travail, alors qu'internet n'était qu'à ses balbutiements, le système capitaliste n'a pas (encore ?) tiré sa révérence, loin s'en faut. Les entreprises monopolistiques qui mènent la danse de l'innovation digitale, des réseaux sociaux et du commerce en ligne sont parmi les mieux cotées en bourse. Les ressources minières et énergétiques pour faire fonctionner les serveurs et les batteries nécessitent toujours une main d'œuvre corvéable. Et les mètres carrés de l'économie de service coûtent toujours plus cher.

Le titre de la nouvelle exposition présentée au Mudam s'inspire très clairement de l'ouvrage de Peter Drucker. *Post-Capital : Art et économie à l'ère du digital* dont Michele Cotton, responsable de la programmation artistique du musée est la principale commissaire, prend la fin supposée du capitalisme comme point de départ en notant le paradoxe : « Le système capitaliste s'avère à la fois dépendant du progrès technologique et menacé par ses développements. » Plutôt que de prendre de la valeur par sa rareté – le déterminant traditionnel du prix des choses –, l'information est d'autant plus précieuse qu'elle est abondante (et traitée). Ces paradoxes, les 21 artistes sélectionnés les empoignent, les triturent, les exposent et en font la matière de leur travail. Ils mettent au jour les questions qui se posent autour des conditions de production et de consommation tout en jouant avec les outils technologiques qu'ils dénoncent.

Le travail c'est la santé (not) Une des stratégies des artistes qui divulguent les aberrations liées aux économies post-industrielles est de pointer ce qui est généralement caché. Impossible de louper le MiG-21, avion de chasse soviétique que Roger Hiorns présente dans le grand hall. L'artiste avait enfoui l'appareil à Prague en 2018, une action qui complétait un

Le monde que les artistes dénoncent semble pire que celui d'avant. C'est la perversité-même du système que de nous faire croire qu'un monde d'après est possible

réseau international d'avions souterrains, enterrés par l'artiste dans plusieurs sites européens. Souvent considéré comme une icône de la guerre froide, le MiG-21, le jet supersonique le plus produit de l'histoire de l'aviation, est qualifié de « morceau de puissance abandonnée » par l'artiste. Ici, l'appareil est supplémenté par un « système digestif » mécanique qui évoque à la fois la notion d'inertie et celle d'un flux continu (et qui n'est pas sans rappeler la *Cloaca* de Wim Delvoye, installée au même endroit en 2007). Deux concepts qui résonnent dans le vocabulaire économique.

Les conditions de travail du monde contemporain et les problèmes sociaux qu'elles posent sont mises en évidence dans plusieurs œuvres qu'il faut prendre le temps de regarder. Le long film (63 minutes) *Asia One* de Cao Fei a été filmé dans un entrepôt pour le e-commerce à Shanghai. Entre science-fiction et histoire d'amour, il raconte l'histoire de deux employés travaillant dans cet immense hall intégralement automatisé et géré par des robots. *Les Temps modernes* de Charlie Chaplin ou *Le Ballet mécanique* de Fernand Léger ne sont pas loin. Digne d'une dystopie à la *Black Mirror*, la pièce de Simon Denny fait froid dans le dos. Il s'agit d'une sculpture qui suit les dessins d'un brevet déposé en 2016 par Amazon, une cage automatisée destinée à « protéger » ses employés lors de leurs déplacements dans des entrepôts. Une application permet en outre de visualiser un oiseau prisonnier de la cage, allusion au canaris qu'on emmenait en cage dans les mines de charbon pour y détecter la présence de gaz toxiques. Extraction de minerais et *data*

mining (largement employé dans le commerce en ligne) se rencontrent ici avec tout ce que cela comporte d'effets dévastateurs pour l'environnement et de conditions de travail pénibles.

Pénibilité aussi mise en image par Liz Magic Laser et son installation *In Real Life*. Elle a recruté cinq freelances sur des plateformes qui proposent des missions payées à l'heure ou à la tâche. Elle les fait travailler sur le biohacking, un marché destiné au bien-être et à l'optimisation de la productivité qui allie science et technologie. De cette façon, l'artiste emploie les mêmes techniques que celles qu'elle dénonce : une économie mondialisée du travail « à la demande » et qui invente des « remèdes » aux problèmes qu'elle contribue elle-même à créer

Partie de cash-cash L'argent est bien évidemment au cœur d'une série de propositions artistiques comme celle d'Ei Arakawa qui évoque la rémunération à la minute qu'il a perçue lors de ses performances dans diverses institutions artistiques en comptabilisant la préparation et le temps d'exécution. Ses calculs aboutissent au montant de 0,72 dollar par minute. Ces « peintures » en LED ont été réalisées pendant les périodes où le confinement empêchaient l'artiste de performer. Argent virtuel dans l'installation de Yuri Pattison qui montre des images d'une mine de bitcoins installée au abords du plateau tibétain. La vidéos confronte des scènes d'entrepôts remplis de *rigs* de minage (boîtiers de processeurs) et des images du barrage hydroélectrique voisin pour mettre en lumière les conséquences humaines et écologiques de la production de cette monnaie.

Une autre forme de monnaie virtuelle est celle documentée à travers les photos de Shadi Habib Allah qui s'intéresse au détournement du programme d'aide alimentaire mis en place en Floride (Snap, Supplemental Nutrition Assistance Program). Certains petits commerçants de Miami, mis à mal par les grandes chaînes de supermarché, échangent les bons alimentaires contre de l'argent liquide en prenant une commission de cinquante pour cent. Argent bien matériel en revanche que celui filmé par Mohamed Bourouissa lors de la frappe des pièces à la Monnaie de Paris. La pièce qui est fabriquée est ici à l'effigie du rappeur français Booba avec son morceau *Fætus* qui retrace sa vie comme bande-son. Une manière de bouleverser les hiérarchies traditionnelles en élevant une figure populaire au rang de figure d'État.

Le code a changé Marchandisation des données personnelles, novlangue à l'ère des réseaux sociaux, économie de l'attention,

saturation de l'information, consommation ostentatoire, gentrification urbaine... Autant de maux de l'époque que les artistes révèlent dans leurs œuvres, en détournant justement les codes et les outils de cette nouvelle économie. Ainsi, l'installation de Sondra Perry présente son frère jumeau, ancien joueur de basket à l'université dont les données biométriques ont été vendues à un éditeur de jeux vidéo dans lequel il est « recréé » malgré lui. Mêlant technologies numériques (extraits du jeu, synthèse vocale, modélisation 3D), analyse culturelle (objets d'art africains de musées occidentaux) et histoire personnelle (photos et vidéos de famille), l'œuvre dénonce l'objectivation des Américains noirs par les entreprises commerciales.

Avec des plans rapprochés sur des mains aux vernis vifs s'activant sur des écrans tactiles, les photographies de Josephine Pryde soulignent la dépendance croissante que nous entretenons avec les tablettes et smartphones, en pointant à quel point ils sont devenus des prolongements de notre corps. Images d'animaux glanées sur internet et transformées en silhouettes tridimensionnelles, les sculptures de Katja Novitskova jouent avec la quête d'attention et l'émotion vite satisfaite sur les réseaux sociaux. Elle choisit d'ailleurs ses sujets en fonction de leur popularité sur les réseaux sociaux et intègre des flèches figurant les courbes de croissance que l'on voit dans les présentations d'entreprises.

À travers une grande fresque murale, des performances et des affiches disséminées dans la ville de Luxembourg, Nora Turato détourne et réagence les mots et les expressions typiques des communications sur les forums de discussion, les commentaires, dans la publicité, les discours politiques. Piochant dans ce flux continu et saturé, sortant le langage de son contexte, elle transmet ce qu'elle appelle « l'hystérie textuelle de l'ère du smartphone ». Malgré une impression de « déjà-vu » de ces expressions, la transformation visuelle, par l'échelle, la typographie, les couleurs, leur confère une nouvelle dimension, une autre appréciation. Elle traduit ainsi les symptômes d'une époque ambivalente où le langage est partout quitte à être largement vidé de sens.

La manière dont les artistes attirent l'attention sur les maux de l'époque illustre bien comment les espoirs de voir naître un « monde d'après », moins cynique et plus inclusif sont aujourd'hui largement douchés. Le monde qu'ils décrivent semble plutôt pire, à croire que c'est la perversité-même du système de nous faire croire qu'un autre monde est possible. ●

Simon Denny, *Amazon worker cage patent drawing as*

virtual Aquatic Warbler cage, 2020



Katja Novitskova, *Pattern of Activation*, 2015. Au mur, Josephine Pryde, *Für Mich*, 2014



Roger Hiorns, *The retrospective view of the pathway*, 2017-ongoing



Comme l’eau et l’huile

Milica Čubrilo Filipović

Le sommet de Brdo s’achève sur une déclaration politique vide de sens. Les routes de l’UE et des Balkans occidentaux divergent. Les grandes puissances orientales s’en frottent les mains

Encore une fois ; les leaders des Balkans occidentaux rentrent bredouilles dans leurs capitales au lendemain du sommet avec l’Union européenne qui s’est tenu le 6 octobre dernier à Brdo, en Slovénie. Certes, le président du Conseil européen, le Belge Charles Michel, a une nouvelle fois rappelé « l’importance stratégique » des Balkans occidentaux (Albanie, Bosnie-Herzégovine, Kosovo, Macédoine du Nord, Monténégro et Serbie). La déclaration commune postule un « soutien sans équivoque à leur perspective européenne » et l’« attachement » de l’UE « au processus d’élargissement ». Mais aucune date ni aucun plan n’ont été précisés. La France, les Pays-Bas et le Danemark, pour des raisons de politique intérieure, ont même exigé que les pré-requis à une éventuelle adhésion soient également ajoutés, notamment « la capacité de l’UE à absorber de nouveaux États membres ».

Si le principal tabloïd serbe aux ordres du régime, *Informers*, titrait en Une « Choquant message de l’UE : nous ne l’intégrerons même pas en 2030 », les conclusions du sommet n’ont surpris personne dans les Balkans occidentaux, tant le processus d’intégration est dans l’impasse depuis des décennies. Depuis le sommet de Thessalonique en 2003, seule la Croatie a intégré l’UE en 2013, au forceps. Le président serbe, le populiste de droite Aleksandar Vučić, y a vu un problème géopolitique : « La Serbie ne peut devenir membre de l’UE sans résoudre la question du Kosovo. Ils ne l’ont pas dit comme ça, car cinq pays membres de l’UE ne le reconnaissent pas, mais je n’ai aucun doute que la résolution du problème entre Belgrade et Pristina, d’une manière ou d’une autre, est une condition préalable à notre intégration », a-t-il dit à l’agence *Fonet*.

L’élargissement de l’UE aux Balkans occidentaux avait déjà été évoqué lors du lointain sommet de Thessalonique en 2003. Les piétres relations entre Belgrade et Pristina constituent aujourd’hui plus que jamais l’un des principaux obstacles à l’intégration des pays de la région dans l’UE. Le 20 septembre dernier, les tensions ont à nouveau éclaté, suite à l’interdiction par le Kosovo de circuler avec des plaques d’immatriculation émises en Serbie et l’obligation de les remplacer par des plaques kosovares. Pour la première fois, le Premier ministre du Kosovo, le souverainiste de gauche Albin Kurti, a brandi la carte de la « réciprocité », les véhicules immatriculés « République du Kosovo », non reconnue par Belgrade, étant contraints depuis des années à prendre des plaques serbes temporaires pour entrer en Serbie.

Pour faire appliquer la mesure, Pristina a dépêché ses forces spéciales dans le nord du pays, peuplé en majorité de Serbes. Ce à quoi Belgrade a riposté en relevant le niveau d’alerte de son armée, déployé ses chars à la frontière, fait survoler les Migs 29, tout en instruisant la population sous ses ordres à ériger des barricades « pour défendre sa dignité ». Il a fallu d’après négociations sous l’égide de l’UE pour débloquer la frontière quelques jours avant le début du sommet, et déployer les forces de l’Otan, la KFOR, pour remplacer les unités kosovares. Temporairement, c’est un régime de vignettes qui est désormais en place. Elles couvrent les insignes de souveraineté sur les plaques.

« Ces événements montrent à quel point nous sommes loin d’une normalisation. Nous avons à peine avancé sur les innombrables critères voulus par Bruxelles, de la reconnaissance des diplômes à une série d’obstacles non-tarifaires à la circulation des biens. Albin Kurti n’insiste que sur les points qui lui permettent d’affirmer la souveraineté du Kosovo, refusant par exemple l’association des communes serbes, alors que le président serbe Aleksandar Vučić s’attache à ce que le statu quo soit maintenu, manipule et tient en otage les Serbes qui vivent au Kosovo et sont employés par les institutions publiques serbes, sans aucun esprit constructif », explique Igor Bandovic, directeur du Belgrade Centre for Security Policy.

Le président du Conseil de l’UE Charles Michel à Brdo (Slovénie) le 6 octobre pour le sommet « Balkans occidentaux »



Tout porte à croire que Belgrade va plutôt maintenir une politique ambivalente vis-à-vis de l’UE et lorgner du côté de la Chine et de la Hongrie

Il semble donc peu réaliste qu’une solution soit trouvée dans un avenir proche, sachant que les dirigeants du Kosovo se montrent intransigeants sur la nécessité de la Serbie de reconnaître l’indépendance de son ancienne province, et que Belgrade s’y refuse. Surtout, le régime du président serbe, qualifié d’« hybride » par Freedom house, avec un état de droit en « déclin constant », n’a aucun intérêt à la normalisation des relations puisqu’il se nourrit d’instabilité et n’a de cesse de désigner des ennemis, extérieurs comme intérieurs, pour mieux régner. « Le président Vučić doit être le plus content de l’issue du sommet car cela fait dix ans qu’il réussit à promettre des réformes à l’UE qu’il ne réalise pas. La Serbie n’est même pas à la moitié du chemin des conditions remplies pour adhérer à l’UE », estime Naim Leo Beshiri, de l’Institut pour les affaires européennes à Belgrade, citant pour exemple la mainmise de l’exécutif sur le judiciaire. « Toute critique est étouffée, l’opposition ne siège pas au Parlement, il n’y a pas d’élections libres, ni de liberté des médias, l’État est contrôlé par la mafia, comment voulez-vous qu’on nous donne une date d’adhésion ? », interroge de son côté Zoran Lutovac, président du Parti démocrate, que

dirigeait feu le Premier ministre Zoran Đinđić, assassiné en 2003 parce que justement trop pro-européen.

Dans ce contexte, Bruxelles a un parfait prétexte pour retarder l’intégration. Selon une note interne de l’UE révélée par l’agence *Reuters* une semaine avant le début du sommet UE- Balkans occidentaux à Brdo, les doutes des diplomates européens sur la concrétisation d’un élargissement à l’Europe du sud-est sont sans équivoque. Selon ce document, l’UE « ne peut plus accepter de donner une garantie d’adhésion future aux Balkans occidentaux » du fait des réticences de certains États-membres, dont plusieurs fondateurs, et de l’impossibilité à tenir une ligne commune. Ce sont d’abord la France et les Pays-Bas qui ont empêché l’ouverture des négociations d’adhésion de l’Albanie et de la Macédoine du Nord, avant que la Bulgarie ne prenne le relais à l’automne 2020. Refusant de reconnaître l’ethnie et la langue macédoniennes comme distinctes de la langue bulgare, Sofia refuse de lever son veto contre Skopje, ce qui impacte par ricochet Tirana, dont le processus est inclus dans le même « paquet ». Une position qui ne devrait pas s’infléchir avant les élections législatives en Bulgarie de novembre.

Ce jeu de dupes n’est pas sans conséquence. Pour Agon Maliqi, politologue de Pristina, « c’est précisément l’absence de date butoir qui anéantit la motivation et réduit les moyens d’action de l’UE, qui n’a ni bâton ni carotte, et passe son temps à éteindre les feux plutôt que d’anticiper ». Pour lui, en conséquence, on peut s’attendre à de plus en plus d’actions unilatérales de la part d’Albin Kurti et, en parallèle, à des réactions disproportionnées de la part de la Serbie, avec l’aide de la Russie. La note interne de l’UE révélée par *Reuters* concluait même que l’UE est devenue « un facteur indirect de déstabilisation dans la région » à cause du surplace du processus d’élargissement, lassant les populations et les gouvernements, et favorisant la pénétration des intérêts de puissances concurrentes. La Chine a ainsi fait une arrivée très remarquée dans tout le sud-est de l’Europe depuis la dernière crise financière, au point que certains cadres européens se sont inquiétés du risque que les Balkans ne se transforment en cheval de Troie pour Pékin.

Pour ne pas fâcher définitivement les Balkans occidentaux et éviter de les voir se tourner encore plus ostensiblement vers la Russie, la Chine, la Turquie et l’Arabie saoudite, a été

annoncé un plan économique d’investissement pour cette région de 18 millions d’habitants : trente milliards d’euros, selon le commissaire européen à l’élargissement, Olivér Várhelyi. La somme devrait être débloquée pour réaliser, au cours des quatre à cinq prochaines années, des changements fondamentaux sur le terrain pour la population et l’économie : relier les capitales par des autoroutes et des voies ferrées rapides, éliminer progressivement le charbon, introduire plus d’énergies renouvelables, investir dans les PME, créer un climat d’investissement attractif, apporter l’Internet à très haut débit. Ce proche de Viktor Orbán insiste sur le fait qu’il n’y a « plus de temps à perdre », mais se garde bien d’insister sur l’état de droit et les droits de l’Homme. Selon une enquête publiée par le site *Politico* à la veille du sommet UE-Balkans occidentaux, le Commissaire hongrois a « supervisé une campagne visant à minimiser les préoccupations concernant l’état de droit et les droits de l’Homme » au sein des pays candidats à l’intégration. Et particulièrement en Serbie. Le commissaire hongrois « sape la crédibilité de la Commission » et « affaiblit clairement la politique de l’UE dans les Balkans », estime un responsable de la Commission sous couvert d’anonymat. « Il suit l’agenda de ses maîtres à Budapest, se rapproche des dirigeants autoritaires et ignore largement les questions liées à l’état de droit », renchérit un autre, lui aussi cité anonymement par *Politico*.

En attendant, le président serbe Aleksandar Vučić, a bien assuré, suite à sa rencontre avec Albin Kurti en marge du sommet, en présence du président français Emmanuel Macron et de la chancelière allemande sortante Angela Merkel, que le dialogue allait se poursuivre. Mais tout porte à croire que Belgrade va plutôt maintenir une politique ambivalente vis-à-vis de l’UE et lorgner du côté de la Chine et de la Hongrie de Viktor Orbán, dont il s’est beaucoup rapproché ces dernières années, multipliant les rencontres, chaque fois ponctuées de critiques adressées à l’Union européenne et à l’Occident, jugés hostiles. Après tout, n’a-t-il pas déclaré, pour critiquer le manque d’aide lors du déclenchement de la pandémie de Covid 19, que l’Europe, que l’UE était « un conte de fées » alors que la Chine était un vrai pays ami ? De leur côté, les maîtres nationalistes du Kosovo pourront continuer leurs efforts pour créer des « faits accomplis », au risque de nouveaux dérapages, et définitivement mettre fin au rêve d’un Kosovo multiethnique, tout en désignant la Serbie comme « le seul et principal problème des Balkans », dicit Albin Kurti. ●

ÖSTERREICH

Der Untergang des Hauses Kurz

Irmgard Rieger, Graz



Sebastian Kurz

Was heute Fakt ist, ist morgen vielleicht schon Makulatur: selten haben sich in der österreichischen Innenpolitik die Ereignisse derart schnell überschlagen wie dieser Tage. Österreich hat im Schnelldurchgang eine Regierungskrise erlebt, die in kürzester Zeit das Ende der Kanzlerschaft von Sebastian Kurz von der österreichischen Volkspartei ÖVP gebracht hat, möglicherweise aber den Anfang vom Ende seiner türkisen Bewegung bedeutet.

Zu erzählen ist zunächst von einer Hausdurchsuchung der Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft (WKStA) in Wien: Am Vormittag des 6. Oktober läuten die Korruptionsjäger des grünen Justizministeriums und des schwarzen Innenministeriums im Bundeskanzleramt, im Finanzministerium, in einem Medienhaus, bei einer Meinungsforscherin. Der Akt zum Durchsuchungsbefehl umfasst 104 Seiten und beinhaltet politischen Sprengstoff: Die Staatsanwaltschaft ermittelt gegen den Regierungschef, einige seiner engsten Vertrauten, gegen

Medieninhaber und eine Demoskopin wegen des Verdachts der Untreue, der Bestechung und Bestechlichkeit.

Zu erzählen ist von einem ungeheuren Verdacht: Kurz' türkise Mannen sollen um das Jahr 2016, als Sebastian Kurz Außenminister war, Inserate im Boulevardblatt *Österreich* geschaltet haben, um sich positive Berichterstattung zu sichern. Mit Hilfe von Umfragen, die von einer Meinungsforscherin im Sinne von Kurz und seiner Truppe entsprechend manipuliert wurden, sollte die Stimmung in der Öffentlichkeit und innerhalb der ÖVP zu Gunsten des jungen aufstrebenden Politikers gedreht werden, um ihm den Weg zu Parteivorsitz und Kanzlerschaft zu ebneten – dem „Projekt Ballhausplatz“ (Sitz des Kanzleramtes) entsprechend, das Kurz mit einer Handvoll Mitstreitern entworfen hatte. Finanziert über das Finanzministerium, in dem der Kurz-Getreue Thomas Schmid als Generalsekretär wirkte und entsprechend Zugang zu Ressourcen hatte – getarnt als „Studien zur Betrugsbekämpfung“. Von 1,2 Millionen Euro ist die Rede.

Zu erzählen ist an dieser Stelle von einer in Österreich üblichen, problematischen Inseratenpolitik, die eine indirekte Form der Medienförderung darstellt: Die Regierung schaltet Inserate in Medien, die ein Vielfaches der staatlichen Presse- und Privatrundfunkförderung betragen. Diese macht rund 10 Millionen Euro aus gegenüber 200 bis 300 Millionen Euro für öffentliche Inserate.

Zu erzählen ist von einer Reihe von Chats, die nicht nur auf diese demokratiepolitischen Ungeheuerlichkeiten hinweisen, sondern in der darin zutage tretenden Dreistigkeit, Unverfrorenheit und Gehässigkeit gegenüber dem politischen Gegner (auch in den eigenen Reihen) ganz Österreich erschüttert. „So weit bin ich noch nie gegangen“, brüstet sich ein Schreiber über inhaltliche Eingriffe in Berichterstattung, der amtierende Parteivorsitzende wird als „Oasch“ („Arsch“) bezeichnet, die Vorgängerriege als „alte Deppen“.

Zu erzählen ist von einem Rücktritt, der keiner ist. Noch am Abend nach der Razzia gab sich Kurz unangreifbar und beharrte darauf, Kanzler bleiben zu wollen. Der Koalitionspartner jedoch sah die Sache anders: Die Grünen, die in den vergangenen eineinhalb Jahren immer wieder von der Kanzlerpartei gedemütigt und zurechtgestutzt wurden und aus Disziplin die Zähne zusammenbissen, stellten Kurz die Rute ins Fenster. Der Kanzler sei „nicht mehr amtsfähig“ beschieden sie angesichts der Anklage und verlangten eine „untadelige Person“ an seiner Stelle.

Zu erzählen ist von einem Bundespräsidenten, der tut, was von einem derart angeschlagenen (Ex-) Kanzler zu erwarten gewesen wäre: Alexander van der Bellen hatte sich 2019 beim Ibiza-Skandal, der Vizekanzler Heinz-Christian Strache zum Rücktritt gezwungen hatte, noch bemüht zu erklären: „So sind wir (Österreicher) nicht“. Zwei Jahre später ist „Ibiza“ wieder „nur eine Insel im Mittelmeer“, wie Politikwissenschaftler Peter Filzmaier es formulierte. Während sich damals zwei Möchtegerns gegenüber einer schönen Unbekannten in Fantasien ergingen, war die türkise Boygroup um Kurz, Schmid und Co offensichtlich längst zur Tat geschritten und hatte mit Steuergeld den eigenen Weg zur Macht geebnet. Van der Bellen war sich nun nicht zu schade, sich bei den Menschen in Österreich für diese beispiellose Dreistigkeit zu entschuldigen.

Zu erzählen ist von einem neuen Kanzler, der sich ganz in die Dienste des alten stellt. Als ein Rücktritt unumgänglich wird, hebt Kurz seinen Außenminister Alexander Schallenberg ins Amt. Er, Kurz,

Die Grünen, die in den vergangenen eineinhalb Jahren immer wieder von der Kanzlerpartei gedemütigt und zurechtgestutzt wurden und aus Disziplin die Zähne zusammenbissen, stellten Kurz die Rute ins Fenster

werde einen Schritt zur Seite tun und als Klubchef (Fraktionschef) im Parlament weiterarbeiten, vorübergehend. Ein höchst problematischer Vorgang: Dass Kurz weiter die Fäden ziehen wird, ist evident. Die Macht wandert von einem angreifbaren Verfassungsorgan auf eine Ebene, die nicht der parlamentarischen Kontrolle unterliegt. Schallenberg seinerseits macht in seiner Regierungserklärung deutlich, wes Lied er zu singen gedenkt. „Selbstverständlich“ werde er seine Funktion „in enger Abstimmung mit Sebastian Kurz“ ausführen, natürlich seien alle Vorwürfe gegen Kurz falsch. Als ihm die Chefin der Neos zur Erinnerung den Durchsuchungsakt auf den Tisch legt, reagiert Schallenberg unwirsch, tippt abwesend in sein Handy und entsorgt das Papier zur Empörung der Abgeordneten hinter sich auf dem Boden.

Zu erzählen ist von großer Nervosität: In der *Österreich*-Mediengruppe soll es Versuche gegeben haben, Daten aus Clouds und Messengerdiensten mit Hilfe von Cybersecurity-Firmen professionell löschen zu lassen. Bei der verdächtigen Meinungsforscherin fürchtete die Justiz Verdunkelungsgefahr, sie wurde verhaftet. Als kleinstes Rädchen in diesem Zusammenspiel von Loyalitäten und Abhängigkeiten hat sie wohl am wenigsten Rücksichten zu nehmen und könnte recht bald in Vernehmungen Vorgängen, Namen und Summen bestätigen, für die es derzeit allein Indizien gibt.

Zu erzählen ist wohl demnächst noch mehr. ●

ROUMANIE

La crise politique ralentit le plan de relance européen

Mirel Bran, Bucarest

Plus de 29 milliards d'euros, soit environ quinze pourcent du PIB roumain, devraient irriguer le système financier de la Roumanie. Ce montant est la manne octroyée par la Commission de Bruxelles dans le cadre du programme de relance européen. Le 27 septembre, Ursula von der Leyen, présidente de l'exécutif européen, s'est rendue à Bucarest pour délivrer son message. « Nous devons concrétiser ce projet et respecter ses conditions », a-t-elle déclaré lors d'une conférence de presse. « Il s'agit d'un plan orienté vers le futur et je souhaite que nous travaillions tous ensemble pour lui donner vie. »

Dans ce contexte de tension politique le grand gagnant est le Parti social-démocrate (PSD). Il tire profit de la guerre fratricide des libéraux

Mais la bonne nouvelle n'a pas fait long feu. Le 5 octobre, le gouvernement libéral est tombé suite à une motion de censure déposée par l'opposition sociale-démocrate. Le renversement du gouvernement en place depuis seulement neuf mois complique la gestion d'un pays secoué par une nouvelle vague de Covid-19. La crise politique se double d'une crise sanitaire sans précédent. Le nombre des contaminations est monté en flèche avec plus de 15 000 nouveaux cas et 252 décès par jour qui s'ajoutent aux 36 667 décès déjà comptabilisés, chiffres records depuis le début de la pandémie. Dans les hôpitaux les services d'urgences sont com-

plets et les médecins se plaignent de l'indifférence des autorités. « Nous n'avons pas de temps pour les motions de censure, a déclaré le docteur Octavian Jurma. Chez nous l'urgence est dans les hôpitaux. »

En décembre 2020 le gouvernement dirigé par le libéral Florin Cîtu, soutenu au parlement par une alliance de centre-droit, avait reçu un mandat de quatre ans. Mais la lune de miel entre les libéraux et le jeune parti Union Sauver la Roumanie Plus (USR Plus) n'a pas duré non plus. Florin Cîtu est devenu la bête noire de la droite comme de la gauche. Cet ancien banquier de 49 ans formé aux États-Unis semblait le soldat parfait du Parti national libéral (PNL) dirigé par Ludovic Orban, président de la Chambre des députés. Mais le soldat s'est rapidement métamorphosé en général en se portant candidat le 25 septembre à l'élection d'un nouveau président du parti.

Son arrivée à la tête du PNL a été une victoire à la Pyrrhus. Les confrontations publiques avec son challenger Ludovic Orban ont été ponctuées de coups durs et de révélations sur sa vie privée qui ont affaibli le camp libéral et fourni des armes à l'opposition sociale-démocrate. Les couacs des libéraux ont par ailleurs exaspéré leur allié USR Plus qui leur assurait la majorité au parlement. Le 6 septembre, les jeunes de ce parti construit sur le modèle de La République en marche (LREM) en France ont retiré leurs ministres du gouvernement et coupé les liens avec les libéraux. « M. Cîtu a raté sa campagne de vaccination contre le Covid-19 et utilisé des fonds publics lors de sa campagne pour gagner la présidence du Parti national libéral », a déclaré Dacian Cioloș, président de l'USR et chef du groupe Renew au Parlement européen, poste qu'il a quitté pour une nouvelle carrière politique en Roumanie. « Ce monsieur ne peut pas rester Premier ministre. »

La pomme de discorde entre Florin Cîtu et ses alliés a été la réforme de la justice qui figure dans les rapports de la Commission européenne. La Roumanie fait l'objet d'un mécanisme de coopération et de vérification (MCV) conçu à Bruxelles qui demande aux autorités de Bucarest de dissoudre une institution destinée à contrôler les magistrats créée en 2018 par les sociaux-démocrates. Les libéraux n'ont pas respecté leur engagement, ce qui a mis en péril les démarches effectuées par le président Klaus Iohannis pour intégrer la Roumanie dans l'espace Schengen de libre circulation. « C'est triste mais c'est la réalité, la Roumanie est en pleine crise », a déclaré le chef de l'État suite à la chute du gouvernement. « La crise politique s'ajoute à une crise du système de santé et à une crise de l'énergie. La situation est très difficile. »

Dans ce contexte de tension politique le grand gagnant est le Parti social-démocrate (PSD). Il tire profit de la guerre fratricide des libéraux. Le PSD représente le coté conservateur de la Roumanie et semble ouvert à une alliance avec une nouvelle formation politique nationaliste et anti-européenne, l'Alliance pour l'Unité des Roumains (AUR). Le PSD et l'AUR sont farouchement opposés à la vaccination contre le Covid-19, et leur message soutenu par l'Église orthodoxe a été entendu. Seul un tiers des Roumains se sont fait vacciner et la nouvelle vague de contaminations bat tous les records et asphyxie le système de santé du pays. Le 11 octobre, dans ce contexte tendu, le président Iohannis a confié à Dacian Cioloș la mission de former un nouveau gouvernement. Âgé de 52 ans il apporte un air plus européen dans la politique roumaine mais il faudra qu'il trouve une majorité dans un Parlement très divisé aussi bien à gauche qu'à droite. Une bataille qui n'est pas gagnée d'avance. ●

Découvrez chaque vendredi ce qui fait bouger le pays.

Sur papier et en digital.

Gratuitement pendant un mois.

Faites le test.

zbelgacem@land.lu
(+352) 48 57 57 · 1



Carbon Offset

Issus de la génération Fridays for future, les futurs étudiants ne manqueront pas d'y voir une forme de « carbon offset » posthume. Ce lundi a été présenté « The Cloud – inspired by André Losch », un projet d'auditoire de l'Uni.lu qui devra être construit en mémoire (et avec l'argent) d'André Losch, l'ancien concessionnaire de Volkswagen, Audi et Porsche, décédé en 2016. Sa fondation, dont le CA réunit la notabilité de la place financière, est « un partenaire de longue date » de l'Uni.lu. Le recteur, Stéphane Pallage (ici avec le président de la fondation Losch, Pit Reckinger ; photo : Gilles Kayser), s'est émerveillé du « plus grand don que l'Université n'ait jamais reçu » : « A gift of beauty for the university, the neighborhood, the city ». Il a énuméré les dons passés de la Fondation Losch, notamment sous forme de « food stamps » distribués aux étudiants les plus démunis durant la crise du Covid-19. Le futur bâtiment hébergera notamment deux amphithéâtres ainsi qu'une grande salle de conférence. Il marquera l'entrée du campus qui réunira les facultés de droit, d'économie et de finance au Kirchberg et devrait ainsi marquer la proximité avec « les acteurs économiques et institutionnels », comme l'expliquait Claude Meisch (DP) à la conférence de presse. Le ministre de l'Enseignement supérieur a remercié la fondation de son acte philanthropique, évoquant « un très grand signe d'altruisme et

de solidarité ». La Fondation Losch investira 20 millions d'euros (le terrain a été cédé par le Fonds Kirchberg au ministère des Finances), un projet pourtant décrit comme « modeste » par le président de la Fondation, et associé d'Elvinger Hoss, Pit Reckinger. Dessiné par le cabinet d'architectes japonais Sanaa, le bâtiment se tiendra sur des piloris et sera tout en courbes et tout en verre. (Ses concepteurs promettent pourtant une performance énergétique aux normes luxembourgeoises.) Après la place financière, le mot d'ordre de la « transparence » a donc également atteint le monde académique, Pallage l'interprétant comme signe d'ouverture, « quite the opposite of the old ivory tower ». Ouverture qui se manifeste également par une déférence opportuniste à l'égard du business. On ne compte plus les chaires (PayPal, Atoz, SES, Arcelor-Mittal) et bourses d'études (Ferrero) financées par les multinationales. Les étudiants se voient bombardés de mails provenant de Deloitte, Amazon et Huawei et vantant leurs concours d'idées, « inclusion days », séminaires et programmes de recherches. Les sciences humaines sont également happées par ce mouvement, une floppée de projets en « corporate history », formalisés par des « contrats de prestation de recherche », ont été récemment produits à l'Uni.lu, notamment sur la Poste, BGL et Lalux. bt



Land

15.10.2021

9

W I R T S C H A F T

Les pauvres d’abord



Lancé en 2005 par le directeur du Statec, Serge Allegrezza, qui avait été nommé deux ans auparavant par le ministre de l'Économie libéral Henri Grethen, le « Rapport travail et cohésion sociale » est la publication la plus commentée de l'institut de statistiques. Les données qu'elle contient sont mises à la sauce rouge par la Chambre des salariés dans son « Panorama social » (elles l'étaient également par la Caritas dans son feu « Almanach social »). La dernière édition donne une première *sneak preview* d'une étude qui sera publiée « sous peu », mais qu'on aurait bien aimé lire dès 2020, au moment où elle aurait encore pu influencer sur le cours de la pandémie. En se basant sur les microdonnées anonymisées de l'IGSS, des chercheurs du Liser et du Statec ont analysé le rôle joué par les inégalités sociales dans le déroulement de la pandémie. Il en ressort que plus une personne est pauvre, plus la probabilité d'une hospitalisation en lien avec le Covid-19 est élevée. « Certaines catégories socioéconomiques ont en effet connu des taux

d'infection et d'hospitalisation nettement plus importants que d'autres ». bt

Äpfel und Birnen

Entgegen weit verbreiteter Annahmen insbesondere in linken politischen Kreisen seien trotz Pandemie in Luxemburg weder die Einkommensungleichheiten noch die Armutsrate im vergangenen Jahr gestiegen, fand das Statistikamt Statec in seinem am Donnerstag veröffentlichten Bericht zur Armut und sozialen Kohäsion heraus. Indikatoren wie der Gini-Koeffizient und die Ratios, die das Statec zur Messung heranzieht, würden darauf hindeuten, dass die Ungleichheiten stagniert hätten oder sogar leicht zurückgegangen seien. Auch das Risiko, in die Armut abzurutschen, sei 2020 gegenüber den Vorjahren ganz leicht gesunken (von 17,4 Prozent in 2019 auf 17,2 Prozent in 2020). Während trotz rasant gestiegener Immobilienpreise offenbar auch die Last der Wohnkosten auf die Einkommen größtenteils gleichgeblieben sei, sei die Anzahl der Menschen, die Probleme haben, über die Runden zu kommen („joindre les deux bouts“), leicht gestiegen. Familien seien stärker betroffen als Personen, die alleine leben, am meisten leiden Alleinerziehende.

Allerdings relativiert das Statec seine Ergebnisse gleich in der Einleitung. Wegen der Corona-Maßnahmen habe die Behörde ihre Untersuchungen nicht wie gewohnt im direkten Kontakt mit den Bürgern durchführen können,

sondern auf eine Online-Befragung zurückgegriffen, schreibt Statec-Direktor Serge Allegrezza (Foto 2018 : sb) in seinem Vorwort. Um die Einkommen der Haushalte für das Jahr 2020 zu ermitteln, habe das Statistikamt auf die Daten der Inspection générale de la sécurité sociale (IGSS) zurückgegriffen. Da es sich insbesondere bei den Ergebnissen zu den Ungleichheiten aber um Schätzungen handle, die auf einer anderen Methode als in den Vorjahren beruhen, seien die Resultate des diesjährigen Berichts nicht direkt mit denen der Vorjahre vergleichbar. Demnach präsentiert das Statec im diesjährigen „Rapport travail et cohésion social“ in manchen Bereichen vorläufige Ergebnisse, die in Zukunft noch näher und präziser untersucht werden müssen. ll

Gare au Gafi dans l’immobilier

Le secteur de l'immobilier peine à se mettre en conformité avec le dispositif de lutte contre le blanchiment d'argent et le financement du terrorisme (AML), a fait savoir vendredi dernier l'associé consulting spécialisé (au sein de la fiduciaire BDO) Benoît Wtterwulghes lors d'une conférence Meetincs. Se basant sur des chiffres présentés par l'autorité de contrôle, l'Administration de l'Enregistrement et des Domaines (AED), selon lesquels 60 à 70 pour cent des entités ne sont pas prêtes, le consultant conclut que « le secteur est très peu préparé » alors que le Groupe d'action financière (Gafi) a annoncé son

retour au Luxembourg, dix ans après avoir placé le pays sur liste grise. « Les conséquences peuvent être funestes, y compris sur le secteur immobilier, via les investisseurs institutionnels notamment », a prévenu Benoît Wtterwulghes. Dans le rapport d'évaluation national, qui quantifie les risques portés par les différents métiers concernés par l'AML, les agents et promoteurs immobiliers (ces derniers sont entrés dans la sphère contrôlée en mars 2020) sont considérés comme les plus vecteurs de risque (plus que les banques !). Le secteur porte un risque inhérent « élevé », car il implique de grosses transactions financières à travers des personnes ou des multiples couches d'entités plus ou moins transparentes. « The large number of customers (many of whom will have legitimate activities) could offer a level of anonymity to criminals (who could for instance use physical persons as third parties to obscure the ultimate beneficiary) », lit-on dans le dernier rapport d'évaluation national. Au Luxembourg, l'immobilier pèse 8,1 pour cent du PIB (2019) et dégage une valeur ajoutée de quatre milliards d'euros. Et le risque est d'autant plus élevé que les agents concernés n'ont pas l'habitude, comme les banques, des contrôles antiblanchiment.

L'AED prend les choses au sérieux. Benoît Wtterwulghes signale que les inspections des promoteurs, autrefois organisées dans le service « Surveillance », déménagent maintenant dans

celui de la criminalité financière après un an et demi d'adaptation. « Et on passe de la fonction de sensibilisation à la fonction de surveillance, y compris sur place », prévient le spécialiste. Selon la présentation de l'AED effectuée en décembre 2020 à destination des professionnels, plus de trente pour cent des acteurs pêchent dès les premiers processus, à savoir satisfaire à l'obligation de vigilance dans l'identification des clients, « quelque chose de simple, mais extrêmement mal compris », analyse Benoît Wtterwulghes. C'est ensuite la Bérézina dans la mise en place de la procédure interne puis l'évaluation des risques (*Risk-based approach*) où quasiment 70 pour cent des acteurs échouent à faire le nécessaire, faute d'habitude. La sanction administrative peut aller jusqu'au million d'euros, cinq millions au pénal. Sur les 27 contrôles recensés par l'AED en 2019, deux ont abouti à des blâmes, cinq à des avertissements et vingt à des sanctions. Aucune mention ne figure à la ligne conforme. pso

La chaîne qu’on démonte

L'Alia demande à ce qu'on coupe le signal à la chaîne porno *Libido* diffusée depuis le Luxembourg. L'autorité luxembourgeoise de l'audiovisuel « propose » ce lundi au ministre des Communications Xavier Bettel (DP) de retirer la concession pour le programme de télévision du groupe 555 du Français Christian Bartoli. *Libido* est diffusée sur l'offre

Canalsatellite (liée à *Canal+*) via les satellites SES/Astra. Comme l'indiquait *Reporter* en juin, la chaîne accusait du retard dans le paiement de ses taxes de diffusion et émettait depuis début 2020 sans concession (ou licence). Une amende de 25 000 euros, le maximum, avait alors été prononcée. L'Alia est passée à la vitesse supérieure en ce début de semaine et a demandé à ce que la concession de « la chaîne qui démonte » (selon son slogan) soit retirée. Mais puisqu'elle n'en avait déjà plus, la mesure équivalait à l'interdiction du service, laquelle entraîne « l'interdiction de l'usage de la liaison montante ou de la capacité satellitaire luxembourgeoise. » Contacté, l'avocat du groupe 555 à Luxembourg, Marc Theisen, dit avoir déposé un recours. (Le groupe envisagerait quoiqu'il arrive une diffusion via une autre juridiction.) *Libido* n'est pas la seule chaîne olé olé diffusée depuis le Grand-Duché où le porno n'est plus en odeur de sainteté. *Adult Channel*, *TVX 40* ou encore *XXX Mums* (pour ne citer qu'une partie des programmes de MG Global Entertainment Europe) sont aussi

surveillées par l'Alia. Sur son site, on lit que la violence, l'érotisme, la pornographie et le respect de la dignité humaine font partie de ses « préoccupations constantes », mais il n'est pas question d'interdiction. Toutes les occasions sont donc bonnes pour faire le nettoyage, comprend-on. pso

Business as usual

« Cela m'en tape une sans faire bouger l'autre. » L'aphorisme de Jacques Chirac (selon le *Canard enchaîné*) s'applique à l'attention prêtée par le président de la Chambre de commerce Luxembourg-Pologne à l'arrêt de la Cour constitutionnelle de Varsovie rendu la semaine passée, rejetant la primauté du droit européen sur le droit national et interrogeant la présence de la Pologne au sein de l'Union européenne. Interrogé sur d'éventuelles craintes de Poxexit au sein de la communauté d'affaires polonaise au Luxembourg, Artur Sosna confesse qu'« on n'en parle pas » et considère que « l'argent est trop important » pour que la Pologne ne tourne le dos à l'Union européenne. « La Pologne ne peut pas décider comme ça de toute façon. Il faut faire un référendum et les Polonais sont trop attachés à l'UE », croit savoir l'entrepreneur. pso



Ticker

À la veille du Grand Soir

Pierre Surlut

La pensée fiscale nationale se collectivise.

La fondation Robert Krieps a mobilisé les sommités locales à réfléchir à la justice fiscale de demain.

Du prêt-à-légiférer... mais aussi des confidences

Ne pas en parler aurait relevé du déni. L'exécutif a failli dans son engagement programmatique à réformer la fiscalité de manière plus juste et les inégalités se sont creusées. « Le coronavirus a contrarié ces plans. Mais nous restons fermement convaincus que le débat autour d'une plus grande justice fiscale doit être poursuivi », a concédé le Premier ministre Xavier Bettel (DP) à la tribune de la Chambre mardi lors de son discours sur l'état de la nation. L'Élu libéral a néanmoins dessiné un calendrier pour la *Grondstéier*, clairement perçue comme l'instrument le plus urgent aux yeux des représentants de la société civile, comme Nora Back (présidente de l'OGBL) que l'on retrouve, parmi d'autres, dans un recueil élaboré par la Fondation Robert Krieps et publié au mois de septembre. Le *think tank* lié au mouvement socialiste qui a, selon ses statuts et entre autres fondements, pour objet de « soutenir des initiatives tendant à cultiver le débat politique et à rendre la société plus libre, plus juste et plus solidaire », offre là plus de 200 pages de réflexions sous le titre *Impôts et justice fiscale au Luxembourg : les éléments clés pour une future réforme*. Les coordinateurs de l'initiative, l'avocat Max Leners et le juriste Marc Limpach, posent la question : « Quelle(s) adaptation(s) le Luxembourg devrait-il apporter à son système fiscal afin de le rendre plus transparent, plus responsable, plus efficace et, surtout, plus juste ? ». Une quinzaine de représentants de la société civile répondent, dans l'immense majorité dans une logique collectiviste. Les partis candidats aux élections de 2023 n'ont qu'à se servir, ici façon *finger food*.

Une mise en perspective historique rappelle d'abord que ce qui peut paraître impossible à certains dans le cadre actuel a déjà existé. Le concept de progressivité apparaît d'ailleurs dès l'introduction dans l'ouvrage avec la référence à l'universitaire français Thomas Piketty : « Les pays anglo-saxons ont été très loin (...) avec Roosevelt dans les années 30 jusqu'à dans les années 70-80, avec des taux de 70-80 pour cent sur les très hauts revenus et les successions, ce qui a joué un très grand rôle pour réduire les inégalités. (...) La croissance de l'après-guerre a été rendue possible par une plus grande mobilité sociale, et un plus grand partage des pouvoirs, » établit le chercheur. L'information résonne dans l'actualité. Les dépenses consenties par les États pour juguler la pandémie de Covid-19 imposent la mise en place de plans de relance qu'il convient de financer. L'historien Denis Scuto rappelle ainsi que l'imposition sur les revenus a atteint 57 pour cent pour la tranche la plus élevée entre les années 50 et 80. En 2021, l'impôt s'établit à 42 pour cent. L'impôt sur la fortune, introduit en 1913 « pour imposer le revenu en nature des personnes disposant d'un patrimoine » a été supprimé en 2006, explique le vice-directeur du Luxembourg Centre for contemporary and digital history (et membre du conseil d'administration de la Fondation Robert Krieps). Voilà pour le recadrage historique.

L'expérimenté avocat **Alain Steichen**, représentant de l'État dans des dossiers de fiscalité devant la Cour européenne, prévient de la difficulté à viser la justice fiscale. Ce qui est juste pour l'un, ne l'est pas forcément pour l'autre, surtout quand l'on parle d'argent. Alain Steichen articule sa pensée autour du triptyque besoin/mérite/égalité. Le fiscaliste comprend le principe d'un impôt sur les bénéficiaires de la crise, avancé par le vice-Premier ministre Dan Kersch (LSAP), mais prévient de l'extrême difficulté à désigner les entreprises concernées. « Une telle liste ne saurait être établie sans une bonne dose d'arbitraire. L'impôt Corona ne convainc donc pas. » Suite à ce revers de main, Alain Steichen propose d'imposer les revenus tous azimuts, mais surtout pas la TVA, ce qui affecterait davantage les couches modestes. Il regrette néanmoins le manque de moyens à disposition pour calculer la charge globale fiscale pesant sur les ménages en fonction de la catégorie de revenus. « Le Stater et la BCL pourraient s'atteler à cette tâche, afin d'alimenter le débat public », propose-t-il deux ans avant l'échéance

électorale. Le risque consisterait à trop taxer ceux qui ont mérité leur pécule. Le principal danger de la progressivité tient à ce que « l'on sait où l'on commence mais pas où l'on finit », selon Alain Steichen. De plus, elle « finit par être votée par des gens qui non seulement ne la subissent pas, mais qui, en outre, se partagent le produit de la progressivité qu'ils font payer aux autres ». « Redistribution, oui, mais pas spoliation », assène le fiscaliste. Il lui paraît néanmoins possible de viser plus haut que le taux actuel à 47,18 pour cent (qui inclut les contributions additionnelles), « mais pas de beaucoup ».



Alain Steichen

Dans une approche pikettyste, Alain Steichen cible la fiscalité de l'épargne (dans ses ouvrages, l'universitaire français prouve que les revenus du capital dépassent de loin les revenus du travail). Les dividendes ne sont taxés qu'à vingt pour cent. Les gains en capital sont alternativement exonérés ou limités à vingt pour cent pour l'immobilier. « L'imposition du travail subit, à revenu identique, une imposition égale au minimum du double de l'imposition du capital ». Alain Steichen se pose la question de savoir s'il faut inverser ces proportions comme c'était pratiqué au début du XX^e siècle dans plusieurs pays. « Les salariés au revenu modeste ne comprennent pas comment un rentier se cantonnant à réaliser des gains en capital sur son patrimoine financier peut échapper à l'impôt ». À l'heure de l'échange automatique d'informations fiscales, l'avocat basé à Howald réfute l'argument de la mobilité des personnes et du capital. Mais, poursuit-il, « une délocalisation à l'étranger de personnes fortunées n'est effectivement possible que pour ceux qui n'ont pas d'activités commerciales ou industrielles au Luxembourg ». Ne seraient ainsi concernés « que ceux qui sont venus au Luxembourg en tant que HNWI » (*High-net-worth individuals*) et le « déchet fiscal serait limité », selon le fiscaliste. Non pas tant parce qu'ils ne sont pas nombreux, mais surtout parce qu'ils ne paient pas beaucoup d'impôts ! Alain Steichen voit même dans le départ des fortunes étrangères un « effet dépressif sur les prix immobiliers dans le haut de gamme ».

Le fiscaliste de l'État propose aussi de taxer plus d'opérations financières, y compris les plus-values sur la résidence principale. Pour Alain Steichen, l'exonération actuelle vise à aider la relocalisation du vendeur, mais elle augmente de facto la fréquence des transactions sur un marché saturé, alimentant la tendance inflationniste. Il cite des promoteurs « qui souvent habitent l'une des résidences nouvellement construites par eux, qu'ils cèdent après y avoir habité pendant deux ans ». Alain Steichen déroule un véri-

table plaidoyer pour un impôt progressif sur le patrimoine. « L'imposition du capital permet de réduire les inégalités sociales, ce qui constitue un objectif recherché dans un système fiscal redistributif. L'on sait que la concentration des patrimoines est beaucoup plus grande que la concentration des revenus. (...) Il est donc impératif d'également assujettir le capital financier des contribuables. » « Impératif » donc. Une retenue prélevée à la source par les banques préserverait le secret bancaire. Alain Steichen détaille la méthode. Il préconise l'application du « taux maximum » indépendamment du montant déposé « de sorte à déjouer les stratégies d'éclatement du patrimoine financier auprès de banques différentes, afin de bénéficier de taux de retenue à la source plus favorables. » Les prélèvements en excès seraient remboursés après réception de la déclaration annuelle.

Alain Steichen repend à son compte les arguments de Bernie Sanders (qu'il orthographe Saunders) sur la taxation du patrimoine, mais le taux de prélèvement annuel de trois pour cent qu'il suggérerait dans la course à l'investiture démocrate aux États-Unis est jugé « clairement excessif ». Une phrase résume mieux que toutes les tortueuses cheminement intellectuel du fiscaliste, entre libéralisme et collectivisme, après trois décennies de pratique : « Dans notre société, la propriété doit être reconnue. Et les fruits du capital doivent revenir au propriétaire du capital lui-même. Mais il faut aussi reconnaître que le capital ne peut être fructifié sans une organisation collective efficace de la production. Cet argument peut donc justifier une certaine forme de redistribution par le prélèvement d'un impôt sur le capital au bénéfice de la collectivité. »

L'associé du cabinet BSP se déclare en faveur d'un impôt sur les plus-values latentes au jour du décès... pour faire l'économie d'un impôt sur les successions. Mais s'il fallait débattre de l'ISF, celui-ci se justifierait « facilement », relève Alain Steichen au moyen des statistiques sur les inégalités. Les dix pour cent des ménages luxembourgeois les plus aisés en termes de patrimoine possèdent 344 fois plus que les dix pour cent de ménages les plus modestes. Les cinq pour cent de ménages luxembourgeois les plus riches détiennent cinquante pour cent du patrimoine total des ménages. Le pour cent le plus riche, vingt pour cent du patrimoine. Alain Steichen reconnaît toutefois qu'on peut accumuler de la richesse afin de la transmettre aux générations suivantes, que la succession apaise l'angoisse devant la mort. Aussi propose-t-il l'introduction d'une imposition progressive sur les successions (avec un taux maximum de cinquante pour cent) au-dessus d'un montant forfaitaire exonéré d'impôt. Celui-ci s'établirait à un million d'euros, la valeur moyenne du patrimoine d'un résident.

Guy Heintz, ancien directeur de l'Administration des contributions directes, met très vite les pieds dans le plat. « Les ressources nécessaires devront provenir de l'imposition plus importante de la richesse afin de réduire les inégalités qui s'aggravent avec la crise du Covid-19, par des impôts sur les excédents de bénéfices des entreprises, par la hausse de la progressivité de l'impôt sur le revenu, par la fiscalité foncière et par l'impôt sur la fortune et l'impôt sur les successions et les donations ». Véritable éclusier de l'information fiscale, rétentionniste sous l'ère du secret bancaire, libérateur à l'heure de l'échange automatique (2015), Guy Heintz estime qu'il « reste à surmonter le dernier rempart, à savoir permettre l'accès aux informations bancaires aux administrations fiscales luxembourgeoises, sans qu'une affaire pénale ne soit en cours ». L'ancien serviteur de l'État juge incohérent d'imposer aux banques luxembourgeoises de transmettre aux fisces étrangers les informations sur leurs clients non-résidents et de recevoir des autres États les renseignements sur leurs contribuables, « mais de maintenir les règles de confidentialité strictes en interne ». Quel sens y'aurait-t-il à libérer l'information ? Pour per-



Guy Heintz

mettre un impôt sur la fortune à charge des personnes physiques. Pour mesurer le patrimoine des particuliers, les banques doivent entrouvrir leur porte.

Le directeur honoraire de l'ACD livre en outre des informations d'*insider* sur la pratique du secret bancaire au fil des décennies. Il confie que l'ACD ne partageait pas la vision selon laquelle la loi sur le secteur financier et le code pénal empêchaient d'exiger des renseignements des banques, l'administration « s'est imposé une retenue totale à ne pas sommer les banques à fournir des renseignements sur les comptes de leurs clients ». Le fisc, à l'image de son préposé Marius Kohl le tamponneur de *rulings*, interprétait les règles avec zèle pour la place financière (laxisme du point de vue du contribuable étranger). Guy Heintz détaille comment le Luxembourg a résisté pendant des décennies à l'échange d'informations fiscales. Croustillant pour les amateurs. Avec la suppression de l'impôt sur la fortune en marge des négociations européennes sur la fiscalité de l'épargne, « du jour au lendemain, les intérêts des comptes bancaires non déclarés ainsi que les éléments de fortune non déclarés étaient de facto blanchis par une porte de sortie ». Magistral.

Guy Heintz propose une justice fiscale horizontale, soit l'application d'un même niveau d'impôt à un revenu, quel qu'il soit. Qu'il vienne du capital ou du travail. (La justice fiscale verticale vise à réduire les inégalités par la progressivité

Avec la suppression de l'impôt sur la fortune en marge des négociations européennes sur la fiscalité de l'épargne, « du jour au lendemain, les intérêts des comptes bancaires non déclarés ainsi que les éléments de fortune non déclarés étaient de facto blanchis par une porte de sortie », souligne le directeur honoraire de l'ACD Guy Heintz

de l'impôt). Libéré de son devoir de réserve Guy Heintz enchaîne les demandes d'abolition d'exonérations au bénéfice, généralement, des ayants : « L'amortissement accéléré (réduit dans le budget 2021, justement au nom de la *Steiergerechtigkeit*, ndlr) devrait être aboli. » La déduction des intérêts débiteurs, aujourd'hui intégrale, devrait être limitée dans certains cas. La prime participative introduite à la place du régime des *stock options* (jugé « abusif » par celui qui a été contraint de l'appliquer des années durant) « déroge au droit fiscal commun », car il offre aux entreprises la possibilité de choisir à l'embauche qui bénéficiera des allègements fiscaux liés au régime. Pour Guy Heintz, le régime des impatriés existant répond déjà suffisamment au vœu d'attirer des talents. Guy Heintz balaie d'un revers de main (citant le fiscaliste Jean Olinger) l'argument selon lequel l'impôt sur la fortune générerait une double taxation : de nombreuses doubles taxations existent, notamment via la TVA. Le directeur honoraire de l'ACD se réfère à Joe Biden pour inviter « les riches » à apporter « leur part au financement de la communauté par un impôt sur la fortune ». « L'État ne peut pas se permettre de ne pas analyser le recours à la réintroduction de l'ISF sur les personnes physiques », conclut-il. Et l'on se demande pourquoi ceux qui démontrent autant d'ardeur à démonter ces régimes, les ont servis avec autant de zèle pendant des décennies.

Au milieu des techniciens, la présidente de l'OGBL **Nora Back** passe pour idéologisée, là-

Nora Back



Sven Becker

chant notamment le poncif selon lequel « les entreprises paient de moins en moins d'impôt ». Alors que d'autres contributeurs préfèrent éviter d'opposer personnes morales et personnes physiques au prétexte que seules les personnes physiques, au bout du bout, jugeront s'ils sont trop imposés ou non. Mais Nora Back souligne, avec ses camarades du recueil, l'injustice à ce que le capital soit moins taxé que le travail ou que les personnes fortunées paient proportionnellement moins d'impôts que les bas et moyens revenus. Et la syndicaliste de citer le Fonds monétaire international, favorable à plus de politiques redistributives avec « davantage d'impôt sur les successions ou sur le foncier », mais aussi plus de progressivité. « Il n'y a jamais eu autant de convergences entre les positions syndicales et celles du FMI », note la présidente du syndicat ouvrier. Elle est rejointe par Sylvain Hoffmann : directeur de la Chambre des salariés, lequel procède à un inventaire de l'injustice fiscale au moyen d'exemples chiffrés. Il souligne notamment que la défiscalisation des revenus du capital rend la progressivité « défectueuse ».

Keith O'Donnell et **Jamal Afakir**, deux associés du cabinet fiscal Atoz, livrent une contribution de trente pages sur l'immobilier. Dans cette étude d'une grande qualité, les représentants du cabinet présidé et fondé par Norbert Becker (conseiller économique officieux du parti libéral) dressent le constat selon lequel « le logement apparaît aujourd'hui, sous de nombreux aspects, comme créant l'une des inégalités les plus flagrantes touchant la société luxembourgeoise, et constituant, avec l'éducation, le facteur le plus significatif de fragmentation, celle-ci posant un risque pour le pacte social au Grand-Duché ». Boum. Et la fiscalité leur semble un outil idoine pour bouger les lignes.



Keith O'Donnell

Basé sur de nombreuses sources et rapports, la contribution d'Atoz égratigne quelque peu les prévisions du Statec en matière de croissance démographique, finalement « treize pour cent au-dessus des projections les plus optimistes et 28 pour cent au-dessus des projections moyennes ». Nonobstant le niveau élevé de rémunération des travailleurs, les experts O'Donnell et Afakir relèvent que de plus en plus de travailleurs se sentent « déclassés et ne peuvent supporter toutes les charges que la vie au Luxembourg leur impose » et que de cette situation naît « un sentiment d'injustice ». Et la part des dépenses de logement croît dans le budget des ménages. Les associés d'Atoz passent en revue l'arsenal fiscal existant en matière d'immobilier et de logement. Ils préconisent la suppression de l'exonération (totale et sans plafond) de l'imposition des plus-values sur la cession de la résidence principale après deux ans. Concernant la déduction des

paiements d'intérêts sur les crédits hypothécaires, O'Donnell et Afakir suggèrent de les limiter en les liant à l'exonération des plus-values et en appliquant une sorte de *recapture rule* pour récupérer les intérêts déduits. Ces logiques ne sont pas confiscatoires, mais inscrites dans un souci d' étoffer l'offre de logement et la stabilité des prix.

Keith O'Donnell et Jamal Afakir proposent de revoir les taux d'amortissement accéléré (une défiscalisation pour la rénovation des logements vers l'énergétiquement responsable), dans la mesure où il profite aux privilégiés. « Une telle mesure devrait être neutre par rapport aux revenus de l'investisseurs, par exemple en prenant la forme d'un crédit d'impôt plutôt que d'une réduction de la base imposable ». Cette subvention à l'investissement dans la pierre verte « pourrait aussi être dirigée vers le social », écrivent O'Donnell et Afakir. Selon un discours bien rompu (*d'Land*, 3.1.2020) les associés soulignent que la déduction des intérêts sans plafond et la compensation des revenus immobiliers négatifs sur d'autres catégories de revenus nuisent à bien des égards : elle subventionne l'investissement immobilier, place l'investisseur (prêt à dépenser davantage du fait des subventions) en position de force par rapport à celui qui cherche un logement ou encore renchérit l'immobilier et les loyers.

Dans la continuité des propos d'Alain Steichen, les fiscalistes d'Atoz soulignent que des pays anglo-saxons taxent les plus-values latentes en cas de décès. Au rayon des propositions concrètes, les auteurs signent des deux mains pour une taxation effective (et persuasive) des terrains et immeubles inoccupés, en introduisant notamment de la progressivité en fonction du temps d'inoccupation (comme en Belgique). Mais « il est important qu'une telle mesure soit complétée par d'autres », insistent-ils. Keith O'Donnell et Jamal Fakir avancent une taxation progressive des plus-values : plus le gain potentiel résultant de la seule augmentation des prix est important, plus la taxation est élevée. Et pour que la taxation des plus-values ne soit pas un frein à la vente, les auteurs dégagent l'introduction d'un mécanisme de remploi, c'est-à-dire un

différé d'imposition si la plus-value est réinvestie, par exemple, dans du logement social.

Blanche Weber, présidente du Mouvement écologique, signe un « Plaidoyer pour une réforme fiscale durable, un aiguillage politique vers une transition qui a trop longtemps tardé ». La militante écologiste remonte dans les années 1990 quand émergeait la problématique de la fiscalité environnementale dans les rapports d'organisations internationales et cite les engagements du gouvernement Bettel depuis 2013. « Dieser weitreichende Anspruch wurde bis dato nicht einmal ansatzweise erfüllt », regrette Blanche Weber. Selon les statistiques de la Commission produites dans la contribution, le Luxembourg occupait en 2017 le dernier rang du classement des pays selon la part des impôts liés à l'environnement dans l'ensemble des taxes et charges collectées. Blanche Weber appelle, à côté des subventions existantes (comme celle sur la mobilité douce), l'intervention résolue de l'État dans la régulation avec des objectifs sur la limitation des moteurs à combustion, des pesticides et l'investissement dans l'énergie solaire. La repré-



Blanche Weber

La pandémie de Covid-19, la croissance des inégalités, la crise du logement et le réchauffement climatique obligent à se saisir des propositions formulées dans ce catalogue

sentante du Meco préconise une fiscalité punitive ou compensatoire sur les dommages faits à l'environnement, à l'instar de la taxe CO₂, bien qu'elle ne soit pas un « Allheilmittel ». Peuvent être associées une réforme de la taxation du *leasing*, une taxe kérosène, une taxe sur l'azote... en sus de la taxation foncière.

Puis intervient en fond d'ouvrage (peut-être à cause d'un propos quelque peu dissonant) **Jean Schaffner**, fiscaliste international et avocat associé du cabinet Allen & Overy. Cet avocat qui a pour clients des grands groupes internationaux pris dans des démêlés judiciaires liés à des interprétations de *rulings* obtenus au Grand-Duché hérite de la lourde tâche d'appliquer le concept de justice fiscale à la fiscalité internationale, alors que les impôts sont traditionnellement une « affaire de souveraineté nationale ». Un moyen consiste par exemple à répartir « la matière fiscale » (« matière imposable selon la typologie de Jean Olinger, soit l'objet taxé) entre les États. La collecte et l'échange d'informations entre juridictions permet de déterminer « l'assiette fiscale de l'ensemble des contribuables ».

Jean Schaffner narre la conversion du Luxembourg à la transparence. Le « Big bang fiscal » remonterait au 13 mars 2009 quand le Luxembourg a accepté de fournir des renseignements à un autre État dans le cadre d'une convention fiscale. La loi américaine Fatca et la directive sur la fiscalité de l'épargne ont standardisé l'échange. « Une fois le secret bancaire abandonné, nous avons été parmi les premiers à mettre en place ces nouvelles normes. (...) On nous attendait au tournant. » Mais l'avocat d'Allen & Overy (firme internationale) stigmatise les manœuvres politiques derrière les déclarations d'intentions, « laissant beaucoup de zones d'ombre, pénalisant les acteurs économiques ». « Le foisonnement des normes crée de l'insécurité et donc aussi de l'injustice », écrit Jean Schaffner dans un contre-pied au reste du recueil.

« Il y a confusion entre manque de substance et fraude fiscale. (...) Des structures économiquement justifiées (comme dans le *private equity* pour contracter un prêt, offrir un gage sur valeur mobilière, etc) sont mises au ban et les investisseurs doivent mettre en place des structures rigides ou complexes pour accommoder des exigences inéquitables ou exagérées. (...) Le contribuable est à la merci de l'administration fiscale, tout au plus peut-il espérer le résultat positif d'un contentieux fiscal s'étirant sur de nombreuses années », écrit le Mozart local de la fiscalité internationale dans son Requiem pour la justice fiscale. Jean Schaffner se satisfait toutefois que cette approche ne prévaut pas au Luxembourg et qu'un contribuable peut choisir la voie la moins taxée pour autant qu'elle réponde « à des considérations économiques valables et ne vise pas essentiellement à réduire sa charge fiscale ». Mais l'injustice tient souvent à des luttes entre États sur la matière fiscale. « La fiscalité devrait être un facteur de décision (pour un agent économique dans son implantation en UE, ndlr), comme la taille du marché, l'accès aux transports, les ressources en matières premières, la situation sur le marché du travail et le coût de la main d'oeuvre », écrit Jean Schaffner

Le fiscaliste d'Allen & Overy relève que la Commission européenne contourne la règle de l'unanimité qui prévaut normalement dans les discussions sur la fiscalité en attaquant les régimes fiscaux accordés à des entreprises sous l'angle de l'aide d'État, des aides qui portent potentiellement atteinte aux règles de la concurrence. S'il se félicite que le juge communautaire donne son dernier mot en cas de litige sur l'interprétation d'un accord, Jean Schaffner met en doute la pertinence de la lutte contre la concurrence fiscale entre États. Une fois installées, les entreprises génèrent des externalités positives (recettes fiscales, emploi, développement d'activités connexes, etc), relève-t-il. Intéressé s'interroge

à la lumière des développements sur la fiscalité internationale, au G7 et à l'OCDE, sur l'émergence d'un taux minimal d'imposition : « Est-ce que pour le Luxembourg la justice fiscale consiste à ce qu'Amazon renforce sa présence au Luxembourg, quitte à payer un impôt modéré, tout en y créant des emplois qui profitent à nos ressortissants comme à ceux de la Grande Région, ou est-ce que le Luxembourg doit renoncer à ses propres avantages économiques afin qu'Amazon paie un impôt de quinze pour cent partout dans le monde ? (...) Des acteurs risquent de quitter notre pays sans imposition intéressante », craint Jean Schaffner.



Jean Schaffner

Le fiscaliste semble ainsi regretter la diabolisation des *rulings*. Mais il constate aussi que des entreprises choisissent de « payer un impôt supérieur à celui qui résulterait d'une optimisation fiscale » dans une logique réputationnelle et d'engagement social. Jean Schaffner préconise de ne pas tomber « dans le dogmatisme ». Ces règles édictées au nom de l'équité serviraient surtout les grands États. « La répartition de la matière imposable entre les pays pour atteindre cette charge fiscale minimale de quinze pour cent sera extrêmement complexe et engendrera pas mal d'iniquité », conclut-il. Le fiscaliste soutient la pertinence de la compétitivité prix du Luxembourg via un mieux-disant fiscal pour favoriser l'entrepreneuriat (synonyme d'emploi). « Une gestion saine des finances publiques, sans gaspillage, est source de justice fiscale, peu importe le niveau de ponction fiscale ». Selon Jean Schaffner, une politique fiscale n'est juste que si son résultat l'est pour « la nation dans son ensemble ». La justice fiscale serait un concept national, « pas vraiment international ». La régionalisation de la justice fiscale, tout le moins dans l'Union européenne, génèrerait, elle, une insécurité synonyme d'iniquité.

En conclusion...À la faveur des scandales médiatiques et de la pression de l'étranger, le Grand-Duché a, au cours des quinze dernières années, avancé sur des sujets de fiscalité internationale longtemps considérés comme des vaches sacrées, générateurs d'iniquité au niveau global. Paradoxalement ou non, la fiscalité nationale a végété. Une incursion dans la justice fiscale a été envisagée en 2018 puis timidement opérée en 2021 (par des demi mesures dans l'immobilier et un nettoyage de l'abus lié à l'utilisation des FIS par la notabilité). La pandémie de Covid-19, les dépenses y liées, la croissance des inégalités, la crise du logement et le réchauffement climatique obligent à résolument se saisir de ces propositions. Le virage à gauche, ou plutôt « collectiviste » (pour ne froisser personne), de la pensée globale est saisissant. ●



Gaz, charbon et pétrole augmentent et renchérissent l'électricité. Menace de blackout ?

Choc énergétique

Georges Canto

Le prix du gaz a quadruplé en quelques mois. L'énergie de source renouvelable manque. L'Europe se creuse la tête

Il y a exactement 48 ans, en octobre 1973, le premier « choc pétrolier » intervenu après la guerre du Kippour plongeait le monde dans la récession et mettait fin aux Trente Glorieuses. Dans les années 70 et 80, puis à nouveau dans la première décennie du XXI^e siècle, le prix du pétrole a été surveillé comme le lait sur le feu, ses hausses brutales comme celles de 1979, 2005 et 2008 ayant eu des effets délétères sur la croissance. Aujourd'hui c'est plutôt le prix du gaz qui pose problème avec un quadruplement en quelques mois. Mais en réalité ce sont toutes les énergies fossiles qui connaissent d'importantes augmentations avec des répercussions potentiellement très négatives sur l'économie mondiale si elles étaient appelées à durer. La reprise économique post-Covid et le climat de l'année 2021 ont provoqué une hausse de la demande d'énergie et, face à une offre peu élastique, de fortes pressions sur les prix.

Les tarifs du gaz sur les marchés internationaux ont quadruplé de la fin juin 2020 à début octobre 2021, et doublé depuis fin mai 2021 avant de connaître un léger tassement¹. La hausse de la demande liée au redémarrage des économies, notamment en Asie a été accentuée par la nécessité en Europe de reconstituer des stocks après un hiver 2020-2021 long et rude et de préparer la saison hivernale à venir. Face à cela, l'offre a été limitée par des maintenances sur les installations en Norvège et de violents incendies en Russie, d'où provient quarante pour cent du gaz consommé dans l'UE. Il semblerait par ailleurs que ce pays ait volontairement réduit ses livraisons, amenant l'Agence internationale de l'énergie (une organisation de trente membres, rattachée à l'OCDE) à estimer le 21 septembre « que la Russie pourrait faire plus pour augmenter la disponibilité du gaz en Europe ».

Cette situation s'est traduite très rapidement par une hausse du prix pour les consommateurs directs de gaz (ménages et entreprises). En Espagne, la facture des ménages, fréquemment indexée sur les prix de gros, a fait un bond de plus de soixante pour cent dès le printemps, déclenchant des troubles sociaux. En France où le prix est pourtant réglementé, il a augmenté de 64 pour cent de janvier à octobre ! La hausse a eu aussi une influence sur le coût de la production d'électricité, car notamment en Europe le gaz en est devenu un « ingrédient » majeur, une tendance accentuée par l'évolution du prix des quotas d'émission de CO₂, ces « droits de polluer » payés par les industriels : leur hausse les dissuade d'utiliser le charbon et les poussent à préférer le gaz.

Mais, sauf dans les pays où le nucléaire est très majoritaire (comme en France, avec 70 pour cent), son coût a été aussi fortement impacté par les hausses des prix des autres énergies fossiles. Ainsi, depuis la fin octobre 2020 le prix du baril de pétrole a été multiplié par 2,4, l'essentiel de la hausse ayant été acquise entre novembre et mars. Les automobilistes en ont rapidement ressenti les effets en passant à la pompe. D'autre part, alors qu'en mai 2020, le cours du « charbon-vapeur » était tombé sous la barre des quarante dollars la tonne (prix *spot* sur le marché Anvers-Rotterdam-Amsterdam). Il n'a cessé de croître depuis. Courant août, le charbon a atteint les 150 dollars par tonne pour se fixer à 230 dollars le 11 octobre, soit un quasi-sextuplement en moins de 18 mois. Le charbon redevient compétitif à cause de l'envolée des prix du gaz, et la Chine et l'Inde, qui sont déjà les deux plus gros importateurs mondiaux, ont remis en service des centrales à charbon pour faire face à la forte hausse de la demande d'électricité et éviter le *black-out*.

Aux hausses du prix du gaz, du pétrole et du charbon, qui restent importants pour alimenter les centrales électriques dans la plupart des pays, se sont ajoutés deux éléments. L'un, ponctuel, est que pour des raisons climatiques la production d'électricité d'origine renouvelable a été relativement faible en Europe en 2021. L'autre, structurel, est la nécessité de financer la transition énergétique : soutien aux énergies renouvelables, coûts des raccordements au réseau électrique des éoliennes et des parcs photovoltaïques, travaux de rénovation pour contribuer à la réduction des émissions de CO₂. Les prix diffèrent d'un pays à l'autre, car l'électricité est pour l'essentiel produite sur place et n'est pas stockable. Ils dépendent aussi du mix énergétique local, de la politique des pouvoirs publics et de la fiscalité. Mais même dans un pays réputé bon marché comme la France, grâce au nucléaire, la hausse est notable. Le prix de l'électricité à douze mois y a atteint un niveau historique en franchissant la barre symbolique de cent euros le mégawatt-heure, contre 80 euros en août et 45 euros au début 2021 soit plus qu'un doublement. En Espagne on est passé d'une trentaine d'euros par mégawatt-heure au début de l'année à plus de 90 euros dès le mois de juin.

L'impact global sur les ménages est élevé. En Espagne, les factures d'électricité ont augmenté de 37 pour cent en un an. En Italie, elles augmentent de quarante pour cent au dernier trimestre 2021. Et en Belgique, où les prix de l'énergie étaient déjà parmi les plus élevés d'Europe, on estime qu'un ménage sur cinq (un sur quatre en Wallonie) est en situation de « précarité énergétique » avant l'hiver. Du côté des entreprises, le quotidien parisien *Le Monde* fait état « d'industriels déboussolés par la hausse et la volatilité des cours de l'énergie », laquelle

s'ajoute parfois à la forte poussée des cours des matières premières. Pour les sociétés d'une certaine taille, une partie de la consommation est couverte par des contrats négociés durant une période plus longue, mais elles doivent aussi s'approvisionner directement sur les marchés de court terme, très volatils. En France l'association CLEEE regroupant de gros acheteurs d'électricité et de gaz (de grands groupes tels que SNCF, Orange, Veolia, Bouygues, Accor, La Poste), a constaté que la moitié des adhérents ont précommandé de l'électricité à terme pour 2022 mais que les autres, dont la plupart n'ont pu le faire par manque de visibilité sur leur niveau d'activité à la sortie de la crise subiront une hausse moyenne de trente pour cent (taxes et coûts d'acheminement compris) de l'électricité.

En Belgique, on estime qu'un ménage sur cinq (un sur quatre en Wallonie) est en situation de « précarité énergétique ». En France, six millions de foyers reçoivent un chèque énergie de cent euros et le prix de l'énergie est bloqué jusqu'à la présidentielle

Les secteurs dits électro-intensifs, comme l'aluminium, la chimie ou le papier-carton, sont les plus exposés, avec une anticipation d'augmentation d'un tiers de leur facture électrique et donc un impact majeur sur leur compétitivité. De nombreuses entreprises ne pourront pas répercuter cette augmentation non anticipée sur leurs prix de vente, ou seulement partiellement. Partout en Europe les gouvernements sont obligés de réagir rapidement. Baisse de taxes (notamment de la TVA) en Espagne et en Italie ; dans ce dernier pays des mesures d'urgence pour effacer les hausses pour trois millions de ménages modestes et pour les très petites entreprises ont été prises. Idem en France, où un chèque énergie de cent euros doit être versé en décembre à près de six millions de foyers et un blocage des prix a été décidé jusqu'en avril 2022, date de la prochaine élection présidentielle ! Le 22 septembre, lors d'une réunion informelle des ministres des transports et de l'énergie de l'U.E. la commissaire chargée du secteur, l'Estonienne Kadri Simson, a indiqué que la Commission devrait prochainement présenter une « boîte à outils » des mesures que les États pouvaient utiliser pour alléger les factures tout en restant dans les clous des règles de la concurrence.

La BCE quant à elle observe de près l'accélération des prix de l'énergie et son impact éventuel sur l'inflation mais elle considère toujours le phénomène comme transitoire, a déclaré le 7 octobre le néerlandais Frank Elderson, membre du directoire de la banque. « Il y a clairement des goulots d'étranglement au niveau de l'offre, il y a des facteurs exceptionnels donc nous considérons toujours que ce sont des facteurs largement temporaires ». Mais pour combien de temps précisément ? « Cette situation pourrait durer tout l'hiver » avait déclaré fin septembre le Commissaire européen au marché intérieur, Thierry Breton, la grande inconnue étant la météo. En France la Commission de régulation de l'énergie dit anticiper « un maintien de niveaux de prix très élevés pendant l'automne 2021 et l'hiver 2021-2022, puis une baisse à partir du printemps et de l'été 2022, avant un retour à la normale pour l'année 2023 ». On observe néanmoins qu'il a suffi que Vladimir Poutine fasse, à l'occasion de son anniversaire, une déclaration apaisante sur la fourniture de gaz par la Russie pour que le prix du gaz chute de 17 pour cent en une semaine ! ●

¹ L'unité de cotation du gaz naturel est le million de BTU (British thermal unit), une mesure énergétique correspondant à 1,05 kilojoule. Le cours du gaz naturel est libellé en dollars US sur le New York Mercantile Exchange. Il était de 1,6 dollar par MBtu le 24 juin 2020 et de 6,4 dollars le 6 octobre 2021 soit très exactement 4 fois plus.

Poutine et le gaz

Selon l'Agence Internationale de l'énergie, les exportations de la Russie vers l'Europe sont inférieures à leur niveau de 2019. Les États-Unis n'hésitent pas à dire que la Russie manipule l'offre afin d'en bénéficier pour des raisons géopolitiques. Les Européens sont plus discrets car plus dépendants. Selon Vladimir Poutine, l'Europe est responsable de la crise du gaz, car elle n'a pas conclu suffisamment de contrats de livraison à long terme avec la Russie, favorisant ainsi l'envolée record des prix. Plusieurs experts reconnaissent en effet que les gros acheteurs ont choisi de sortir des contrats à long terme pour lesquels les prix du gaz étaient indexés sur le prix du pétrole, allant vers un système de marché plus classique où le prix peut varier de façon assez

importante, en quelques mois, en fonction de l'offre et de la demande.

Le président russe a aussi indiqué que les livraisons ne pouvaient augmenter cette année car le nouveau gazoduc vers l'Allemagne nommé Nord Stream 2, dont le chantier a été retardé par les sanctions américaines contre Moscou, n'était pas terminé (il le sera fin 2021). Mais une quarantaine d'eurodéputés, qui ont demandé une enquête auprès de la Commission, considèrent que les dirigeants russes ont volontairement réduit les fournitures de gaz passant actuellement par l'Ukraine pour pousser l'Allemagne à approuver plus rapidement l'entrée en service du nouveau gazoduc à travers la mer Baltique. gc

Votre publicité ici

Contactez Zoubida Belgacem qui est en charge de la régie publicitaire au sein du Lëtzebuurger Land

+352 48 57 57 32
zbelgacem@land.lu

DIE KLEINE ZEITZEUGIN

Fäulnis und Ver-Blendung

Michèle Thoma

Von Anfang an suchten mich Waldheim-Flashbacks heim. Die devot-geschmeidige Haltung, das zugleich Aufrechte und Gebückte, die glatte Versiertheit, die unterwürfige Arroganz. Beim letzten Fernsehinterview des Noch-Bundeskanzlers das Nichtmehrwissen, sich Nichtmehr sicherinnern, die Abwehr und das sich Verwehren des Angezweifeltwerdens. Waldheim, Betagte mögen sich entsinnen, war jener österreichische Bundespräsident und frühere Generalsekretär der Vereinten Nationen, der sich partout nicht mehr an nichts erinnerte. Je mehr Erinnerung zutage trat desto mehr Nichts ward ihm. Er war es immer nicht.

Der Knabe Kurz mit dem Knospenmund und der Gel-Skulptur auf dem Schädel, dem festen Schritt, dem unbeirrten Blick, dann brav in Messdienerpose. Mal steht er da, als würde er den Segen erteilen, mal enteilt er smart slimfit mit seiner in wichtigsten Staatsämtern untergebrachten Boygroup. Buberlpartie, sagen die Österreicher*innen. Sie kennen sich aus in Buberlpartien. Haben schon einige hinter sich. Haider, dessen Regierungsbeteiligung einst Europa beinahe in den Herzinfarkt jagte, Herzkasperl heißt das in Wien, trat am liebsten inmitten seiner Peer Group auf. Gestylte junge Männer in schnellen Autos, angeblich mit Schmä, angeblich mit Charme. Vor allem mit der Chuzpe der Hybris.

So etwas lieben man in Österreich. Den Schein, den Dünkel, den Schein im Dünkel. Kratzfuß und Handkuss. Die schillernde Schleimspur. Immer wieder auf den Schleim gehen. Immer noch gespeichert in der DNA, immer noch antrainiert in den Kreisen, um die sich alles dreht, dort wo die Pirouetten gedreht werden, bis allen schwindlig ist, von all dem Schwindel. Das Bundeskanzleramt befindet sich am Ballhausplatz. So ein Theater! sagen Greis*innen liebevoll vor dem Bildschirm. Alles ist ein Theater, alles eine Bühne. Überall Kasperln. Beim Herzinfarkt, beim Staatsinfarkt. Ein grandioser Unernst, ein Sich-Drüberspielen über Abgründe, katholischer Karneval statt evangelischer Ernst. Nur nicht fad! Dafür aber fesch! Dass die da oben Gauner sind, darüber herrscht wohl weltweit Konsens. Darob, weiß man eh, zuckt gelernter Österreicher aber eher mit den Achseln als dass er auf Barrikaden stiege. Es ist alles Oarsch, der Österreicher ist im Oarsch dahaam, aber genau da fühlt er sich pudelwohl.

Leichtigkeit des Seins und schwerste Anfälle von Betörung. Die blauen Augen von Strache. Hai-

So etwas liebt man in Österreich. Den Schein, den Dünkel, den Schein im Dünkel. Kratzfuß und Handkuss.

ders mit Schmä servierte Ausländerhetze, das gleiche Rezept bei Strache. Ganz so kalt wie bei Höcke wird einem dabei nicht. Kurz, der feuchte Schwiegermutter-Traum und seine Jungs, die fest entschlossen in eine supermega Zukunft strebern. So weit wie wir jetzt ging ich noch nie!, smst einer seiner pubertären Prätorianer, wie sie sich untereinander nennen. Besoffen von sich selbst. Schwer auf der Ego-Droge. Junge Römer, sang Falco vor langer Zeit.

In Österreich gibt es eine Lust daran, blendenden Erscheinungen zu verfallen. Zu verfallen. Zu fallen. Mit der Erscheinung, der blendenden, die so erschienen ist. Dann stehen sie neben dem zerbrochenen Götzenbild, o, nichts drin und nichts dahinter. Hohl. Sie stehen lädiert, aber nicht so, nicht vernichtet, denn sie sind abgehärtet und flexibel zugleich, sie wischen sich den Glitzer aus den Augen. Hat doch so schön gegläntzt, gerade noch. Enttäuscht, ja schon. Doch.

Ent-Täuschung, wird sich jetzt dem schmerzlichen Lern-Prozess gestellt? Oder Verdrängung, Spezialität des Hauses Österreich, und Domina Jelinek muss das Land wieder auf die Couch bitten? Aber wer geht noch ins Theater? Das ist ja eh gratis und überall.

Und nach all dem Theater wieder die pseudo-weise Abgeklärtheit, die einen weit höheren Stellenwert hat als profane Klarheit. Jetzt muss aber wieder Ruhe einkehren! So ähnlich formuliert es der neue Kanzler. Einen Untadeligen wünschten sich die Grünen von den schwarz-türkisen Koalitionspartnern. Einen Adelligen haben sie bekommen. Es gibt keinen Adel in Österreich. Eh nicht. ●



Die Lust daran, blendenden Gestalten zu verfallen

CHRONIQUES D'URGENCE

Un yacht sur le Potomac

Jean Lasar

Était-il naïf d'espérer que Joe Biden finisse par hisser son engagement climatique à la hauteur du défi ? Ayant dû battre, pour parvenir à la Maison Blanche, des concurrents plus engagés que lui sur la question comme Bernie Sanders ou Elizabeth Warren, n'allait-il pas reprendre à son compte au moins une partie de leurs positions ? À la veille de la COP de Glasgow, il faut bien reconnaître

Était-il naïf d'espérer que Joe Biden finisse par hisser son engagement climatique à la hauteur du défi ?

que les États-Unis restent plutôt un obstacle sur la route d'une action globale en faveur du climat qu'un agent catalyseur.

À lire les déclarations de John Kerry cette semaine dans le *Guardian*, on se laisserait presque convaincre que l'Amérique de Biden s'attend à une COP26 réussie lors de laquelle de grands pays rivaliseront d'ambition. « La mesure du succès à Glasgow est que nous aurons l'augmentation la plus importante, la plus significative en matière d'ambition (de réduction d'émissions) par d'avantage de pays que n'importe qui pouvait imaginer », s'est enthousiasmé l'émissaire pour le climat.

L'ambition c'est bien, l'action c'est mieux. Les choses se gâtent dès que l'on juge la politique menée depuis Washington à l'aune des faits. Comment prendre au sérieux les rodомontades de John Kerry alors que l'administration américaine continue d'autoriser à tour de bras des projets d'exploration et d'infrastructures pétrolières ? Ce lundi, une manifestation a rassemblé aux abords de la Maison Blanche des militants emmenés par des dirigeants de communautés indigènes indignées par les bulldozers qui continuent de grignoter leurs terres pour en extraire ou y transporter des combustibles fossiles. Mettre le holà aux investissements qui enferment l'économie

dans sa dépendance aux énergies carbonées est le moins qu'on puisse atteindre d'une administration qui prétend à une position de leadership sur le climat.

Le scepticisme est renforcé par la paralysie qui gangrène les institutions américaines et entrave les projets climatiques de Joe Biden. Ceux-ci, intégrés à un long catalogue de dépenses d'infrastructures censé mettre les États-Unis sur la voie d'une vertueuse croissance verte, sont certes loin du Green New Deal réclamé par l'aile progressiste de son parti. Mais même cet exercice, notoirement inadapté à l'enjeu, n'en finit pas de heurter des écueils au Congrès, où il est consciencieusement saboté par des parlementaires démocratiques dits « modérés ». Les plus en vue parmi eux sont deux sénateurs, Joe Manchin et Kyrsten Sinema, élus en Virginie occidentale et dans l'Arizona, deux États traditionnellement conservateurs. La seconde, qui se présente volontiers comme la reine du compromis, n'a rien trouvé de mieux à faire, fin septembre, que d'organiser une levée de fonds auprès de groupes de pression ouvertement républicains. Quant au premier, il a fait fortune dans les charbonnages, ancre son yacht « Almost Heaven » sur le Potomac et bénéficie de dons des plus généreux de l'industrie pétrolière. Son crédo : le « charbon propre », le parfait oxymore. ●

ZU GAST

Klare Kante

Premier Xavier Bettel hat in seiner Rede zur Lage der Nation klare und zukunftsorientierte Perspektiven für die Zeit nach der Corona-Pandemie aufgezeichnet. Die DP begrüßt die Stoßrichtung der angekündigten Maßnahmen, mit der die Regierung die Weichen für die Zukunft stellen möchte.

Claude Lamberty ist Abgeordneter und DP-Generalsekretär

Am Dienstag hat der Staatsminister klargemacht, dass die Politik die großen Herausforderungen unseres Landes nicht getrennt, sondern vernetzt angehen muss. Im „État de la Nation“ hat der Regierungschef zurecht daran erinnert, dass Luxemburg derartige Krisenzeiten immer mit Optimismus und Entschlossenheit gemeistert hat und gestärkt daraus hervorgegangen ist: ein Talent, das wir gemeinhin als „Lëtzeburger Modell“ bezeichnen.

Wie bereits angekündigt plant die Regierung deshalb keine Steuererhöhungen („Et gëtt keng Austeritéitspolitik“) und wird die Investitionen weiter auf hohem Niveau halten. Die Mittel hierzu verdankt das Land in großem Maße der vorausschauenden Politik von Finanzminister Pierre Gramegna. Außerdem steigen die staatlichen Einnahmen wieder und die Lage auf dem Arbeitsmarkt geht in die richtige Richtung.

Xavier Bettel ist in seiner Rede zur Lage der Nation besonders auf drei wichtige Politikfelder eingegangen: Klimawandel, Wohnungen und Soziales. Beim Klimawandel würde Luxemburg seine Verantwortung übernehmen und seine diesbezüglichen Bemühungen verstärken. Der Staat müsse deshalb seiner Vorbildfunktion gerecht werden um den

Bürgern und Betrieben den Weg in die Klimaneutralität vorzuzeigen. Außergewöhnliche Herausforderungen verlangen innovative Aktionen, wie die Schaffung eines Bürgerrats, der sich mit praktischen Fragen des Klimawandels befassen wird. Dies und andere konkrete Maßnahmen belegen, dass die Regierung es nicht bei Lippenbekenntnissen belässt.

Die Wohnungsnot und die damit verbundenen – hohen – Grundstücks- und Mietpreise stellen die größte Gefahr für soziale Ausgrenzung in unserem Land dar. Die Regierung hat auch in diesem Bereich klare Vorstellungen um eine Kehrtwende einzulenkten. So wird bis Ende des Jahres u.a. ein Gesetzentwurf zur Reform der Grundsteuer vorgelegt werden. Gleichzeitig wird eine Aufstellung aller Wohnungen und Häuser geschaffen. Weiter verpflichtet sich der Staat zur Schaffung von über 8 000 Wohnungen binnen der nächsten vier Jahre durch Bauträger der öffentlichen Hand. Der Staat wird somit mittel- bis langfristig zum größten Player auf dem Luxemburger Wohnungsmarkt werden. Nicht mit dem Ziel einer möglichst hohen Rendite, sondern mit dem Zweck bezahlbaren Wohnraum zu schaffen. Diese Vorhaben zeigen, wie ernst die Regierung die Probleme auf dem Wohnungsmarkt nimmt, unter deren sozialen Konsequenzen viele Menschen leiden.

Deshalb unterstützt die DP die Stärkung einer Sozialpolitik, die sich darum bemüht, das bestehende Auffangnetz in Zukunft noch enger zu schnüren. Dazu gehören die Wiedereinführung der Indexierung des Kindergeldes, die Erhöhung der „Allocation de vie chère“ sowie zusätzliche Sachleistungen. Das besondere Augenmerk der Sozialpolitik bleibt dabei auf das Wohlbefinden unserer Kinder gerichtet. Und da die Sozialpolitik in Luxemburg Hand in Hand mit dem Sozialdialog geht, wird die Regierung noch dieses Jahr eine Tripartite einberufen.

Premier Xavier Bettel hat mit seinem État de la Nation klare Kante gezeigt und ambitionöse Pläne aufgezeichnet. Die DP steht dabei voll hinter ihm. ● Claude Lamberty

D'GEDICHT VUN DER WOCH



De Work/Life-Balance-Pak

Jacques Descher

Pabeier ass gedëlleg;
De Wee dat ass eist Zil.
Mir brauchen de Konfuzius
Fir eise Klima-Deal.

Wiem d'Wunnen ass ze deier,
Deen denkt u Yin a Yang;
Zwar kascht et vill an Euro,
Mee ganz bestëmmt kee Frang.

Mir kafen eis en Auto
A leeschten eis den Tram,
An d'Primm fir nach e Vëlo
Ass dach eng gutt Reklamm.

Wat d'Land haut brauch ass Yoga,
E Coach fir all Idiot;
An onbedéngt en Audit
Vum Klimabiergerrot.



J E U N E P U B L I C

Audace et humour

Les jeunes lecteurs (germanophones en tout cas) connaissent tous Max et Moritz, les garnements inventés par Wilhelm Busch qui n'ont semblé-t-il rien de mieux à faire que de compliquer la vie des habitants de leur village. Leur grande inventivité, leur regard intrigué sur le monde, leurs plans insolents pour divers sabotages, vol de gâteaux ou attaques de hannetons en ont fait des héros qui remettent en question l'ordre bourgeois établi. On est en 1865 dans une Allemagne corsetée et Wilhelm Busch, aujourd'hui considéré comme l'un des précurseurs de la bande dessinée, a le sens de la morale puisqu'il tue les espions curieux (mais n'oublie pas de ridiculiser l'autorité et l'hypocrisie de bien des règles sociales). En 2013, la Compagnie du Grand Boube, avec Carole Lorange à la mise en scène et Mani Muller à la dramaturgie, avait créé,

aux Rotondes la pièce *Wilhelm B.*, destinée aux enfants à partir de six ans (en allemand). Fascinée par l'audace et le courage avec lequel ces personnages ont résisté aux adultes, intriguée par la personnalité de l'auteur, artiste très polyvalent, auteur prolifique, la Compagnie considère le monde de Busch comme une source d'inspiration. Un monde où la créativité prend le pas sur l'ennui et où la liberté se doit d'être partagée. Le barde rêveur Balduin, son voisin l'oncle Fritz et le rusé Fipps, tissent une ode à la débrouillardise et à l'humour. Aujourd'hui, la metteuse en scène est devenue directrice du Escher Theater. Elle veut y faire naître des productions luxembourgeoises passées de qualité. Les 23 et 24 octobre, *Wilhelm B* sera donc recréée, dans un texte révisé, avec Franz L. Klee, Rosalie Maes, Pitt Simon (photo : Mani Muller). [fc](#)

14

K U L T U R

Land

15.10.2021

D A N S E



Pointures

La saison des Théâtres de la Ville de Luxembourg est désormais bien entamée et les spectacles de danse contemporaine y prennent toujours une place prépondérante. En témoignent deux programmes de chorégraphes de haut vol ces prochains jours au Grand théâtre. Les 15 et 16 octobre, on est impatient de voir ce que va donner la première collaboration entre la Pina Bausch Foundation (Allemagne), l'École des Sables (Sénégal) et Sadler's Wells (Royaume-Uni) pour un spectacle marqué par la notion d'échange. *Le Sacre du printemps* de Bausch (créé en 1975) est ainsi dansé par une nouvelle compagnie de danseurs et danseuses originaires de pays africains. Dans cette œuvre pionnière, sur une musique de Stravinsky, une « élue » est sacrifiée pour célébrer le passage de l'hiver au printemps. Suivra dans la même soirée *common ground[s]*, une nouvelle œuvre interprétée et inspirée par la vie de deux femmes remarquables : Germaine Acogny, « la mère de la danse africaine contemporaine » et fondatrice de l'École des Sables,

et Malou Airaudo, qui a interprété des rôles principaux dans plusieurs des premières œuvres de Bausch. Dans cette pièce, ces deux grandes dames de la danse, toutes deux âgées de plus de soixante-dix ans, se rencontrent en tant que femmes, mères, grands-mères et petites-filles et explorent leur héritage de la danse. Les 19 et 20, ce sera au tour de la chorégraphe sud-coréenne Eun-Me Ahn qui avait fait fureur avec ses *Dancing Grandmothers* en 2018. *Dragons*, sa nouvelle création (photo), rassemble cinq jeunes danseurs asiatiques, nés en 2000 sous le signe du dragon. Une allusion aussi au surnom de la Corée du Sud, un des « quatre dragons » (avec Taïwan, Hong-Kong et Singapour) pour désigner le dynamisme de ces pays. Eun-Me Ahn souhaite esquisser un portrait de l'Asie contemporaine, explorer les dynamiques qui traversent la danse qu'on y pratique et, à travers leur corps, de toucher la réalité d'un continent. [fc](#)

P O L I T I Q U E

Plus dix pour cent

Dans la liste des dotations, l'Agriculture, les Sports ou la Protection des consommateurs sont moins bien pourvus, mais avec très exactement 177 166 367 euros, le budget destiné au ministère de la Culture pour 2022 atteint une part de 0,84 pour cent du budget de l'État (contre 0,82 pour cent en 2021). On n'ose plus rêver au fameux « un pour cent » défendu en son temps et qui semble plus un symbole qu'un objectif à atteindre. Cela représente cependant une hausse de 10,57 pour cent (après six pour cent pour l'année en cours). Les instituts culturels de l'État,

qui représentent quarante pour cent du budget (une proportion inchangée) connaissent quelques augmentations significatives, d'abord liées à l'indexation des salaires, mais aussi à des choix politiques et stratégiques. Ainsi, les Archives nationales qui doivent se préparer à leur déménagement d'ici quelques années, reçoivent un million d'euros en plus pour atteindre six millions (plus vingt pour cent). Le Centre national de la littérature voit son (petit) budget augmenter de trente pour cent pour faire face aux frais engendrés par les inondations de juillet et arrive à 2,8 millions. Le Service des sites et monuments nationaux connaît aussi une belle hausse de 23 pour cent et pourra compter sur 4,3 millions d'euros. Mais la plus grande part du budget du ministère de la Culture – 60,7 pour cent soit 107 millions d'euros – est allouée aux « dépenses générales », c'est à dire en direction des établissements publics, associations, communes et artistes. Sans surprise, c'est toujours la Philharmonie qui est largement en tête avec 24,1 millions d'euros (22,15 en 2021), les conventions avec les associations sont un peu moins bien dotées et passent sous les dix millions (alors que plus de onze millions ont été attribués cette année). Selon les informations du *Land*, plusieurs associations vont cependant recevoir plus d'argent pour poursuivre leur professionnalisation. La plupart des organismes rattachés à l'Administration ne connaissent pas ou peu de changements, avec des augmentations entre un et six pour cent. Le Mudam par exemple atteint 8,9 millions, la Rockhal 2,9, le Casino Luxembourg 2,7, les Rotondes, 2,1 et le Théâtre national deux millions. Neimënster affiche

une belle augmentation de 9,5 pour cent pour arriver à 4,6 millions d'euros, notamment pour valoriser son ambitieux programme de résidence. Avec 2,1 millions d'euro Kultur:Lx entre dans la liste des gros bonnets des attributions. Ajoutons encore l'année culturelle Esch2022 qui rafle neuf millions ou, moins ponctuel, l'organisation de la Biennale de Venise avec 900 000 euros. Nouveauté encore, l'ensemble United instrument of Lucilin figure désormais au budget avec 500 000 euros pour 2022. L'ambition de se doter d'un orchestre professionnel de musique contemporaine se marquera dans les années suivantes avec la prévision de 1,1 million d'euros pour 2025. Stratégie numérique culturelle également sur la façade de la Seconde Guerre mondiale pour toucher les questions plus larges de citoyenneté, mouvements de populations, éducation à la paix... Ces changements sont accompagnés d'une nouvelle identité graphique. Pour l'élaboration du nouveau logo, le musée a lancé un concours restreint dont Bunker Palace est sorti vainqueur. La signature reprend le motif symbolique de la fissure qu'on retrouve également sur la façade de la nouvelle aile du musée et dans le mobilier de présentation. Les formes polygonales cachent les initiales M N R, référence (relativement peu lisible) aux messages codés des résistants. Avant l'ouverture en grande pompe en février 2023, avant les expositions temporaires prévues dans le cadre de la capitale européenne de la culture Esch2022, avant de voir son équipe renforcée pour la médiation, la communication ou la recherche, la publication bilingue de 960 pages *Le Luxembourg et le Troisième Reich – un état des lieux* est la première production marquée du sceau de cette nouvelle identité graphique. Supervisée par l'historien Vincent Artuso, le livre édité par Op der Lay compte des contributions de 43 historiens luxembourgeois, français et allemands. Ce contenu sert de base pour concevoir la nouvelle exposition permanente du musée. (39 euros en librairie à partir de novembre). [fc](#)

M U S É E S

Nouvelle résistance

On avait largement dévoilé le renouvellement architectural (bureau Jim Clemes Associates) et le concept muséographique (Njoy, Nathalie Jacoby) du Musée national de la résistance dans le Supplément Musées du *Land* de la semaine dernière.



Dernière touche aux nouveautés annoncées, un changement de nom, pour devenir le Musée national de la Résistance et des Droits humains (MNRDH, ça ne se prononce pas...). Il s'agit de marquer l'évolution des missions et valeurs du musée, qui va au-delà du cadre de la Seconde Guerre mondiale pour toucher les questions plus larges de citoyenneté, mouvements de populations, éducation à la paix... Ces changements sont accompagnés d'une nouvelle identité graphique. Pour l'élaboration du nouveau logo, le musée a lancé un concours restreint dont Bunker Palace est sorti vainqueur. La signature reprend le motif symbolique de la fissure qu'on retrouve également sur la façade de la nouvelle aile du musée et dans le mobilier de présentation. Les formes polygonales cachent les initiales M N R, référence (relativement peu lisible) aux messages codés des résistants. Avant l'ouverture en grande pompe en février 2023, avant les expositions temporaires prévues dans le cadre de la capitale européenne de la culture Esch2022, avant de voir son équipe renforcée pour la médiation, la communication ou la recherche, la publication bilingue de 960 pages *Le Luxembourg et le Troisième Reich – un état des lieux* est la première production marquée du sceau de cette nouvelle identité graphique. Supervisée par l'historien Vincent Artuso, le livre édité par Op der Lay compte des contributions de 43 historiens luxembourgeois, français et allemands. Ce contenu sert de base pour concevoir la nouvelle exposition permanente du musée. (39 euros en librairie à partir de novembre). [fc](#)

Les femmes en héritage



Suzanne Cotter ne sera plus au Luxembourg pour mesurer la réussite du programme qu'elle a entrepris pour 2022. La directrice sur le départ a présenté les grandes lignes de ce qui peut être vu comme une signature, un legs (il serait de mauvais goût de parler de testament). Les observateurs comme l'équipe ont mis du temps à apprécier celle qui ne sera finalement resté que quatre ans à la tête de l'institution. Il faut pourtant constater qu'elle a réussi à mettre en œuvre des expositions offrant une vision audacieuse du monde et des propositions artistiques ambitieuses. *Post-Capital: Art et économie à l'ère du digital* qui vient d'être inaugurée (lire page 6) en est un très bon exemple. La programmation de 2022 est le « fruit d'une démarche consistant à mettre les artistes au centre de toutes nos préoccupations ». Elle met particulièrement en valeur le travail d'artistes femmes de générations et d'origines différentes à travers des expositions monographiques : la première exposition de l'épopée photographique *Al Rio/To the River* de l'artiste américaine Zoe Leonard (en collaboration avec le Musée d'Art Moderne de Paris, photo), l'exposition itinérante de l'artiste ghanéenne-britannique Lynette Yiadom-Boakye (avec la Tate Britain de Londres), les œuvres récentes de Tacita Dean (notamment un film inspiré de *La*

Divine Comédie de Dante) ou une installation sculpturale et sonore de l'artiste vietnamienne Sung Tieu. Sans oublier la coordination de la participation luxembourgeoise à la Biennale de Venise, avec *Faraway So Close* de Tina Gillen. [fc](#)

L I T T É R A T U R E

Redécouvrir un Goncourt

Un an après Marcel Proust, un anonyme instituteur des Deux-Sèvres, Ernest Pérochon, décroche le prestigieux prix Goncourt en 1920. Son roman *Nêne* sera vendu à 200 000 exemplaires, traduit en dix langues et adapté au cinéma par Jacques de Baroncelli (1924). L'Association Victor Hugo avait programmé un événement en décembre 2020 pour commémorer le centième anniversaire de la remise du prix. La soirée aura finalement lieu ce lundi 18 octobre à Neimënster. L'occasion de redécouvrir la force romanesque et la modernité du livre en compagnie de Françoise Rossinot, déléguée générale de l'Académie Goncourt et de Jane Debenest, ancienne Ambassadeur de France au Luxembourg et petite fille de l'auteur. Franck Colotte, enseignant chercheur et critique littéraire évoquera la « *Littérature et monde rural : Ernest Pérochon, romancier de la condition humaine* ». [fc](#)



Tablo

PHOTOGRAPHIE

Fiction et réel

Marianne Brausch

Noémie Goudal à Arendt House : un objet d’étude très technique au service de l’optimisme

Aux cimaises du hall de Arendt House, sont accrochées des grands formats de quelques deux mètres voire plus de haut ou de large. Sauf la série *Station*, aux couleurs pastel évanescentes, les photographies sont en noir et blanc et seul le jeu d’ombre et de lumière donne du relief aux formes qui sont l’objet d’étude des séries *Observatoire* et *Tower*.

La première fait penser à un bunker en béton, comme ceux qui ponctuent encore les plages de la côte Atlantique. Sauf qu’à 70 ans passés, ils basculent inexorablement dans le sable. Celui de la série *Observatoire* de Noémie Goudal est parfaitement d’équerre et il a une apparence sculptée – a-t-on jamais vu un bunker, symétrique, doté de volées de marches comme

le sien ? À l’autre extrémité de l’exposition, voici un tour de la série *Tower*. On pense au phare d’Alexandrie, cette septième Merveille du monde, construite à l’Antiquité, qui a disparu au quatorzième siècle. C’est donc notre mémoire livresque qui est sollicitée. Un autre élément, pyramidal, nous remémore un jardin d’agrément du 18^e siècle. Une construction sans but sinon de ponctuer la promenade de manière esthétique ? Ce serait oublier les expérimentations scientifiques du Siècle des Lumières : au Désert de Retz (Yvelines), la forme conique était une glacière, alliant l’esthétique à une technique expérimentale.

C’est la première fois que l’on voit treize photographies des séries *Observatoire* (2013), *Tower* (2015),

Station (2016), *Tellerius* (2017), et *Démantèlement* (2018) au Luxembourg. Paul Di Felice, qui en est le curateur, a découvert le travail de Noémie Goudal à Arles. La Française de 37 ans, vit entre Paris et Londres, diplômée de deux écoles prestigieuses, le Royal College of Art et le Central Saint Martins College of Art and Design. Durant notre rencontre, elle ne quitte pas son book des mains. Un simple cahier à spirales à la couverture en Rhodoid. La page de garde est couverte de petites images où on reconnaît la forme néo-classique du Cénotaphe à Newton de Boullé, une architecture utopiste du Siècle des Lumières et la Saline royale d’Arc-et-Senans, où travail et habitat ont été associés dans la forme géométrique, en arc de cercle par Ledoux au même 18^e siècle.

C’est que Noémie Goudal s’intéresse à l’histoire des sciences, à leurs théories (aujourd’hui on dit concepts) et comment les formes architecturales s’y sont trouvées associées. Elle nous raconte que oui, ses photographies s’inspirent de ces formes architecturales et que non, elle n’utilise pas Photoshop ni ne fait des collages. Elle fabrique des maquettes de son invention qu’elle dispose dans un paysage : une plage à marrée basse pour *Observatoire*. L’objet est positionné de telle manière que le ciel et l’étendue de sable se partagent à égalité la ligne d’horizon, la moitié haute et inférieure de l’image. La maquette, ainsi positionnée et qui semble avoir une échelle vraie grandeur, résulte du calcul exacte de la position de la caméra.

Nul n’est besoin de connaître ces « trucs » très réfléchis de fabrication pour apprécier ce travail artistique. Au fil des ans, la géométrie du paysage comme objet d’étude va s’avérer de plus en plus prépondérant chez Noémie Goudal. Si l’homme au fil des siècles a

Nul n’est besoin de connaître les « trucs » de fabrication pour apprécier ce travail

magnifié ses avancées scientifiques à travers des architectures monumentales et fonctionnelles, le paysage, qui s’est formé durant des millions d’années, l’a précédé et va continuer à évoluer. C’est ce que Noémie Goudal appelle le « géo-temps ». Un temps long de transformations organiques qu’illustrent les six rangées de sept petites images de la série *Démantèlement*. À force de sécheresse, ces paysages de zones arides paraissent morts et la lumière qui les a brûlés, brûle nos yeux. On lui a demandé si cette disposition évoquait le mythe de la création du monde en six jours et que le Créateur s’était reposé le septième ? Elle a ri, plongée toute entière dans ses recherches sur l’évolution des connaissances scientifiques et du temps qui influencent notre entendement.

Noémie Goudal a réalisé cette série en atelier grâce à une technique de projection d’eau qui peu à peu efface l’encre de la photographie qui, de haut en bas, passe du noir et blanc et de la haute définition à la quasi disparition de l’image. Pour Noémie Goudal, la performance est dans le moment précis de la prise de vue des étapes successives de la décoloration. *Déman-*

tèlement est bien sûr symbolique du fait avéré que l’espèce humaine a amené la planète à bout de souffle. Mais Noémie Goudal explique avec conviction que si le paysage là devant nous est tellement plus vieux que l’homme, il survivra en se réinventant et notre espèce avec. On a été ravie d’entendre ce discours optimiste. Sans connaître les connaissances à la base du comment et du pourquoi des mises en scène de Noémie Goudal, rêver devant ces fictions du réel peut suffire.

À l’opposé du Kirchberg, on peut aller voir, aux Archives Nationales, les portraits des ouvriers métallos que Yvon Lambert a fait lors de la dernière coulée du haut-fourneau d’ARBED-Belval, dans *Derniers Feux*, en 1997. C’est un reportage sur une réalité vraie, celle sur une époque aussi polluante qu’était la fierté au dur labeur. L’hommage d’Yvon Lambert se mesure à la la mélancolie pour une époque arrivée à son terme et à la révolte de la fin des Trente Glorieuses qui habite ses tirages argentiques. C’est l’exact opposé de la savante, non moins lucide mais poétique pratique photographique de Noémie Goudal. ●

Noémie Goudal, photographies est à voir dans le hall d’expositions de Arendt House, à Luxembourg-Kirchberg jusqu’au mois de mars 2022. Ouvert au public le samedi et le dimanche

Derniers Feux de Yvon Lambert, est à voir aux Archives Nationales à Luxembourg-ville jusqu’au 30 avril 2022. Ouvert du lundi au vendredi

THÉÂTRE

Pièce pour nourrisson

Godefroy Gordet

On ne va pas assez voir de spectacles pour enfants. Ou peut-être, on ne montre pas assez de spectacles aux enfants. Ce débat commence à dater, même si voilà plus de vingt ans que le genre s’installe plus franchement dans les salles. Aussi, il est bon de rappeler que « spectacle jeune public » ne signifie pas « fermé aux adultes ». Sur ce point néanmoins, nuancions. Chez Klankennest il s’agit de rester « vraiment strict concernant l’âge des enfants qui viendront voir le spectacle », nous signale-t-on quelques jours avant de découvrir leur pièce *Manta*. Alors sans enfant en bas-âge nada, macache, niet, spectacle non grata. Et pourquoi pas tient, si l’on interdit au moins de seize ans, il n’y a pas de raison de ne pas le faire pour les plus de deux ans. Et dans ce travail scénique de la compagnie belge, si l’adulte y trouve un moment de sérénité, tout est en effet tendrement pensé pour ceux de six mois à deux ans.

Beaucoup de spectacles « jeune public » ressemblent à des garderies, des « trucs » mis en scène par tonton avec deux chaussettes. *Manta* dépasse largement ce cadre. Il est un excellent spectacle pour enfants car il sait les convaincre, autant que leurs parents. Ici, si la compagnie s’attache à créer pour la toute jeune enfance, les grands y retombent facilement sans se forcer, sans même chercher ce second niveau de lecture qu’on injecte souvent dans le « jeune public », comme on ajoute du nitrite de sodium au jambon pour le rendre tout rose.

Préparés dès l’entrée par une équipe des Rotondes aux petits oignons, les conditions de la rencontre sont soignées au millimètre. Cadre d’importance dans le processus du spectacle vivant, hors salle chaque étape vers le spectacle fait monter l’impatience. À l’entrée en salle, les chuchotements sont si doux qu’on dirait la musique déjà dans l’air. Plusieurs petits tapis ronds sont disposés au sol, comme autant d’îlots sur lesquels les familles peuvent s’installer. Dans la chaleur de ce cocon, chacun laisse vagabonder son/ses enfants au libre grès de ses envies, quand tout d’un coup, une douce mélodie résonne dans le ventre d’un violoncelle. Illico, une quarantaine de petites billes rondes scintillantes dans la pénombre, se tourment vers les musiciennes aux sourires grands. La magie des ensorceleuses Liesbeth Bodyn, Annemie Osborne et Aya Suzuki – le trio en scène – agrippe direct les têtes blondes, comme ceux qui veillent sur elles.

Manta plonge son spectateur dans une recherche autour des mouvements de la raie géante de l’océan. De son ballet hypnotique de nageuse magnifique, l’équipe tire une forme de trente minutes subtiles, poétique et entraînante. Plusieurs tableaux s’y enchaînent dévoilant des instruments étonnants, et des décors faits de verre, de bois, de tissus, une véritable installation, dans laquelle l’enfant peut se perdre, se trouver, et se rencontrer.

Dans sa progression, *Manta* est d’une bienveillance inouïe. Passant d’une sorte de chant de bienvenue, ballade mater-

nelle matinale, à des compositions aux tessitures classiques, rythmant la découverte des enfants, jusqu’à des tentatives plus expérimentales, devant lesquels tous ces chérubins s’interrogent. C’est brillant d’une compréhension folle de cet âge-là. Immergés dans le décor, accompagnés par les musiciennes et interprètes, les enfants font corps avec le spectacle offrant inconsciemment ce fameux « second niveau de lecture ». Bien que, les parents ségarent souvent dans le premier, portés par un ensemble théâtral et musical superbement écrit.

Manta est un pur enchantement, une réussite à tous les niveaux. Et c’est un vrai plaisir que de découvrir ce genre de merveille quand on sait l’importance qu’a aussi le « jeune public » dans l’ouverture de certaines personnes au spectacle vivant. *Manta* pousse à abandonner tout hermétisme à un art que beaucoup entendent comme dépassé. En famille, ils se laissent aller à leurs émotions, profitent, tel l’enfant, d’une histoire contée, et se laissent bercer par leur rêverie, dans un lieu où ils n’imaginaient pas – ou plus – se rendre : un théâtre. ●

Un dispositif qui incite à se perdre pour se retrouver



FESTIVAL CINEAST

Des films de l’est toujours plus à l’ouest

« La mélancolie est l’illustre compagnon de la beauté. Elle l’est si bien que je ne peux concevoir aucune beauté qui ne porte en elle sa tristesse », remarquait Charles Baudelaire. C’est bien ce sentiment étrange qui envahit le spectateur face à une partie des films en compétition officielle du Festival CinEast. *Celts*, qui repasse une dernière fois en salle ce jeudi 21 octobre, en est un bon exemple. Car l’un de ses personnages féminins, Marijana, sorte de mère courage à la chevelure blonde écourtée, incarne parfaitement le spleen : un regard songeur qui trahit l’errance de ses pensées, et un cheminement aléatoire tant à l’intérieur qu’à l’extérieur du foyer familial qui dit tout de son trouble au sein d’un régime soviétique devenu le premier producteur de frustrations (sexuelle, professionnelle, économique, etc.). Il en est de même pour *Inventory*, que l’on peut voir le 20 octobre : après avoir fait le tri de ses bonnes et mauvaises fréquentations, que reste-t-il à son protagoniste, le brave Boris ? Pas une soirée disco, en tout cas. Mais une irréductible et douloureuse solitude, ultime et paradoxale certitude que nous avons dans notre existence d’« animal social » (Aristote). CQFD. N’y a-t-il pas aussi quelque triste secret qui semble habiter, hanter le visage de Cristina Tofan (Ioana Bugarin), l’énigmatique héroïne de *Miracle* (le 20/10), le long-métrage du Roumain Bogdan George Apetri qui avait intégré la Mostra de Venise en sélection officielle ? Sans doute. Pour ne rien dire de *Murina*, et de sa si esseulée sirène à la moue adolescente prénommée Julija (Gracija Filipovic), coincée entre un père autoritaire et ses désirs brûlants de jeune fille en fleur (à découvrir le 22 octobre).

Le cru 2021 ressemble à un incroyable jeu de pistes que devra retracer le spectateur. Des fausses pistes, plus exactement, disséminées dans des histoires plus ou moins vraisemblables, selon leurs fidélités ou leurs écarts avec les conventions en vigueur. Ainsi en est-il de *Miracle*, de la Croate Antoneta Alamat Kusijanović. Énième film religieux capitalisant sur le succès d’une vieille tradition revigorée par les succès d’*Ida* (2013) de Pawel Pawlikowski, ou de *Servants* (*Les Séminaristes*, 2020) d’Ivan Ostrochovský, au programme de la précédente édition CinEast ? Un coup d’œil sur l’affiche du film – scindée entre une nonne (qui ne l’est pas) et un flic (justicier) – suffira à constater la duplicité qui y est à l’œuvre. Celles et ceux qui croient dans l’habit (qui fait le moine) trouveront au terme de ce voyage mystique la révélation tant attendue. Les autres auront la preuve de ce que le film devient par

Le cru 2021 du CinEast ressemble à un incroyable jeu de pistes que devra retracer le spectateur

enchâssement narratif : une espèce de film policier dans lequel l’enquêteur finit par charrier l’image du grand Rédempteur. Le film fourmille en tout cas d’allusions à l’anthropologie chrétienne : importance donnée à la fonction lustrale de l’eau, référence aux stigmates de la Passion (sang, eau, sueur), vision hallucinatoire... On s’attendait également au pire dans le contexte pseudo-festif (l’anniversaire de la petite Minja) de *Celts* : à force de désillusions, de non-dits, l’un de ses personnages finira bien par craquer, par tout envoyer en l’air et maculer de sang ce décor familial de quatre sous ? Et bien non. Une fois de plus, les cinéastes jouent avec nos inquiétudes, avec nos imaginaires saturés de clichés. À l’image de Boris (*Inventory*), qui s’attend à tout moment à être la proie d’un tueur fou... qui n’apparaît cependant jamais. Quant à *Murina*, le paysage idyllique de Croatie dans lequel se déroule l’intrigue est violemment contrebalancé par la fable oédipienne qui s’y dévoile (tuer ou non le père, telle est pour la belle Julija la question, et plus largement la condition même de son émancipation). La carte postale adressée au touriste de l’ouest est déchirée. Que dire enfin de ces deux ovnis que sont *Never Gonna Snow Again* et *Saving One who was Dead*, sinon qu’il est encore possible de les découvrir sur grand écran (les 20 et 21/10 pour le premier ; le 22/10 pour le second).

Lorsque l’on aura réfléchi à tout cela, on pourra se rendre l’esprit tranquille à la masterclass dispensée par Radu Jude le dimanche 24 octobre, participer à des débats sur l’amour sans s’engueuler avec son voisin (les Cinedébats des 15 et 17/10), ou encore siroter quelques bières à l’expo photo qui se tient à Neimënster (*Dreams of Escape*, jusqu’au 26 octobre). ● Loïc Millot

Le festival dure jusqu’au 24 octobre. Programmation complète : [cineast.lu/2021](#)



Murina, ou la question oédipienne de tuer le père.

FILM MADE IN LUXEMBOURG

Soixante ans d’écart, un destin en commun

Pablo Chimienti

Le producteur-réalisateur-scénariste Donato Rotunno est de retour en salle avec *Io sto bene*, un très beau film sur la migration, l’héritage, avec l’arrivée, à soixante ans d’écart, de deux Italiens au Luxembourg



Sara Seraio interprète Leo, la jeune Djette

Italien du sud, Antonio (Renato Carpentieri et Alesio Lapice, jeune) a passé toute sa vie d’adulte loin de chez lui, au Luxembourg. Arrivé dans les années soixante sans un sou et sans avoir choisi sa destination – son cousin a débarqué en Belgique et leur meilleur ami d’enfance a fini en Allemagne –, il a bossé sur différents chantiers. Travailleur non-qualifié au début, payé une misère, il est rapidement devenu maçon, puis peintre... puis a ouvert, avec son épouse une entreprise de peinture qui lui a permis de vivre très correctement. Une situation confortable dont il a voulu faire profiter les autres. L’homme a réussi sa vie. S’il n’a pas eu d’enfant, il a connu un mariage long et heureux avec Mady (Marie Jung), une Luxembourgeoise qui n’a pas hésité à accepter les différences culturelles et aller contre les préjugés de l’époque et la désapprobation parentale pour l’épouser.

À l’automne de sa vie, désormais veuf, Antonio est honoré pour son « engagement désintéressé » envers la communauté italienne du Grand-Duché. C’est ce soir-là que le vieil homme fera la rencontre de Leo (Sara Seraio), une jeune djette gentiment rebelle débarquée récemment au Luxembourg. Elle est douée, bosseuse – ses mixes sont bons et ses montages de vidéo sont de toute beauté – mais sans vraiment de contacts dans le milieu elle a dû mal à joindre les deux bouts.

Le destin de la vie les a fait se rencontrer et une relation amicale, presque filiale, finira par naître entre eux. Antonio ne comprend rien à ce que fait une VJ, mais il comprend les difficultés et les doutes auxquels doit faire face la jeune fille. « Ce qui m’intéressait ici, c’est de mettre un miroir générationnel entre un vieil homme et une jeune femme qui se pose des questions similaires à celles que l’homme s’est posé soixante ans plus tôt », explique le réalisateur.

Avec de constants aller-retours temporels entre aujourd’hui et les années soixante, quelques voyages entre le Luxembourg et l’Italie, *Io sto bene* « est un film en mouvement ». Un film en évolution aussi ; il débute avec plusieurs séquences nocturnes et des personnages errant dans des décors méconnaissables pour aller peu à peu vers la lumière. Une symbolique pleine d’optimisme pour ce film de fiction qui poursuit, en quelques sorte, le travail que Donato Rotunno qui a également écrit le scénario avec l’écrivain Jean Portante, Italien du Luxembourg lui aussi, avait initié avec le documentaire *Terra mia, Terra nostra*.

Le film rappelle des vérités, « que certains semblent vouloir oublier », sur les mouvements de popula-

tion, mais aussi ces quelques autochtones indécents qui, hier comme aujourd’hui, profitent sans vergogne des nouveaux arrivants. Bien que très ancré dans une double réalité italienne et luxembourgeoise, *Io sto bene* raconte une histoire qui aurait tout aussi bien pu mettre en scène des personnages

avec des noms aux origines différentes avoir pour décor d’autres pays d’Europe septentrionale, voire du Nord économique. Un récit universel donc et surtout un film très bien fichu, sans concession, aussi bien dans son jeu que dans ses choix artistiques et techniques. ●

Cinq phrases commentées

Nous avons demandé à Donato Rotunno de réagir à cinq dialogues de son film

Antonio et son cousin Vito au contrôleur de train : « Nous on va en Belgique/ Non, vous allez au Luxembourg/ Oui, au Luxembourg, en Belgique »

Donato Rotunno : J’ai entendu ça toute mon enfance, quand on retournait en Italie. Personne ne connaissait le Luxembourg dans le sud de l’Italie. Les gens mélangeaient toujours la Belgique et le Luxembourg.

Vito à Antonio : « Viens travailler avec moi en Belgique. Là-bas on gagne bien./ La sidérurgie c’est le futur de l’Europe »

D.R. : Évidemment, la sidérurgie était le futur de l’Europe à l’époque. Et là encore, le destin a fait que ça a changé. Soixante ans après celui qui s’est arrêté au Luxembourg se porte probablement mieux économiquement que quelqu’un qui est allé à Mons ou Charleroi. Mais il y a quarante ans, c’était probablement mieux du côté belge. Et c’est intéressant car l’endroit où tu poses ta valise finalement c’est le destin qui le décide pour toi. Ni Antonio ni son cousin ont décidé de leur destination.

Leo à Antonio : « Le seul moyen de survivre c’est de partir »

D.R. : C’est une phrase que j’entends beaucoup en Italie et beaucoup aussi dans la bouche d’Italiens qui débarquent au Luxembourg. Les départs se sont accentués ces dernières années avec des dizaines de milliers de jeunes quittent

l’Italie pour des raisons économiques, mais aussi culturelles, politiques, ancrées dans un désespoir et l’envie d’un futur meilleur.

Antonio à son père : « Avec les autres Italiens, on a construit le Luxembourg »

D.R. : Oui, c’est la fierté d’un fils qui voudrait dire à son père : « J’ai réussi ma vie ». C’est évidemment une phrase un peu provocatrice, car ça pourrait être les Espagnols, les Yougoslaves, les Portugais... On construit tous quelque chose. On fait tous partie de la société luxembourgeoise d’aujourd’hui. Et demain ce sera pareil pour d’autres nationalités et d’autres cultures qui construiront ce pays ; qui sont déjà en train de le construire d’ailleurs. Aujourd’hui c’est normal de voir sur les chantiers tous ces noms italiens de sociétés de construction, elles font partie du paysage et ça semble parfaitement normal, mais ça ne l’était pas il y a soixante ans. Et demain ces noms seront remplacés par d’autres aux sonorités orientales, polonaises, grecques ou que sais-je encore.

Mady à Antonio : « Italiano di merda »

D.R. : Mady est un personnage très fort dans le film, un personnage atypique pour cette époque à Luxembourg ; mais il y en a eu des femmes luxembourgeoises qui se sont mariées avec des Italiens. Elles prenaient un sacré risque en contractant un mariage avec un homme de culture totalement différente. Elle l’a fait. Mais dans un couple, parfois, on s’engueule, on se dit des choses ! Et là, elle lui lance ça, car finalement, c’est difficile pour elle de vivre avec ce gars et de comprendre sa culture !

ART CONTEMPORAIN

Gregor Schneider, passeur de sortilèges spatiaux

Lucien Kayser

Lauréat du Lion d’or à Venise, en 2001, il expose une première fois au Luxembourg, investissant l’Espace Lavandier, mué en Korschthal

L’adresse où il faut sonner au boulevard Prince Henri à Esch-sur-Alzette, est on ne peut plus banale, elle signale un certain ou une certaine N. Schmidt. Vous entrez, prenez l’ascenseur et montez au troisième étage, et vous vous retrouvez pour commencer dans les couloirs étroits, plongés dans l’obscurité, d’une cave comme il en existe habituellement tout en bas des maisons. Plus loin, d’autres surprises attendent, des objets, des sculptures, jusqu’aux moulages enveloppés d’anciens habitants possibles : il faut se laisser aller aux impressions les plus ambivalentes, et les claustrophobes se mettront vite en sécurité. Aux autres, de jouir de pareille « inquiétante étrangeté » – c’est ainsi que Marie Bonaparte a traduit « das Unheimliche » de Freud – laissant tomber toutefois la connotation quotidienne ou familière. Il se peut aussi que vous réagissiez tout autrement, comme tel écrivain, auteur invité de lettres à l’éditeur du principal quotidien du pays. Avec les critiques les plus éculées, les préjugés les plus détestables.

Il n’y aurait donc pour cette première exposition de Gregor Schneider au Luxembourg, en plus ouverture de la Korschthal Esch, que pièces d’intérieur, « sur fond de pénurie chronique du logement un peu partout ». C’est faire endosser à l’art une responsabilité qui n’est pas la sienne, à mettre au compte plutôt de l’inertie des politiques et de l’avidité des possédants. Notre homme voudrait bien sûr connaître le coût de la transformation du bâtiment. Sachons que la Korschthal n’a pas vocation de lieu de prestige, les frais engagés ont été nécessaires, indispensables ; il ne faudrait pas aller plus loin, mais prendre exemple sur les réalisations des architectes Lacaton et Vassal (ce qui peut vous valoir le prix Pritzker), et le pays aurait, toutes proportions gardées, son petit Palais de Tokyo.

Enfin, un dernier point de la missive, avec la belle formulation qui l’introduit. « Bon sang, par les temps incertains qui courent », ajouterais-je, poussés par le vent nauséabond d’un nationalisme renaissant, il ne devrait y en avoir plus que pour les artistes de la région et leur génie. Les murs, les grillages, pourquoi les migrants de l’art y échapperaient-ils ?

Ah ! il est encore question des préoccupations des gens. Tel un footballeur, je reprends volontiers la passe, et nous voici ramenés qu’on le veuille ou non, à Gregor Schneider, son *Ego-Tunnel*, ou le « trip » du visiteur. De l’obscurité, tout en haut, à la lumière, au premier étage, un peu à la façon inverse de la sortie de la caverne platonicienne. Cependant, il s’agira toujours de l’existence humaine, dans son essence même, de sa signification, de leur connaissance. Existence particulière, intime, privée, existence aussi de ce corps moins limité qu’on appelle la société.

On sait que Gregor Schneider est un reconstruteur obstiné d’espace, d’intérieurs, il a commencé par l’univers domestique dans *Totes Haus u r*, maison héritée de son père à Rheydt qu’il a désarticulée, dont il a dupliqué les éléments, mettant (souvenir de Venise) radicalement à l’épreuve notre sens de l’orientation. L’exposition de la Korschthal suit cet exemple, avec ses différents agencements, aux trois étages, où des photographies et des vidéos viennent en plus des espaces documenter telles étapes du parcours de l’artiste, et conséquemment enrichir le nôtre. On s’arrêtera plus particulièrement aux pièces du deuxième étage, salle de bains, chambre à coucher, dans toute leur banalité, mais oui, elle peut s’avérer parlante ; elle se fait même criante dans l’autre cas, la cellule blanche *High Security Cell*, sur le modèle de Guantanamo. Faute d’informations, dit Gregor Schneider, « je l’ai recréé(e) dans l’abstrait », c’est faire œuvre d’artiste justement, et à nous le rapprochement avec d’autres espaces, des exécutions de condamnés à mort par exemple.

Voilà comment le visiteur passe dans une autre dimension, comme le ou la politique vient étoffer l’œuvre de Gregor Schneider, d’une grande densité dès son origine. Dans le même contexte, son attention aux villages abandonnés dans la zone d’exploitation de lignite en Rhénanie-Westphalie, plus dramatiquement peut-être, à la maison natale de Goebbels, toujours dans ses propres environs.

Dernier élargissement, au premier étage, à un monde exotique, au Bengale-Occidental, et à la religion, avec le festival de Durga Puja, où Gregor Schneider a fait (re)construire un temple ainsi qu’une rue de Rheydt. Et le rideau de la

C’est aux impressions les plus variées, les plus extrêmes qu’il faut s’attendre lors de la visite



De Guantanamo au Bengale-Occidental, voire du minimalisme au baroque

fête une fois tombé, tout a pris le chemin et la profondeur du Gange (destinée hindoue ultime), a été repêché toutefois. Ramené en Allemagne, exposé naguère à la Bundeskunsthalle Bonn, aujourd’hui à la Korschthal Esch. Entre autres des sculptures, on devine les silhouettes des déesses, devant les écrans où dans une explosion de couleurs se pressent les pèlerins, se font les rites d’une autre culture.

C’est, le lecteur l’aura compris, aux impressions les plus variées, les plus extrêmes, qu’il aura à faire dans sa visite. À cet effet, qu’il parcoure l’exposition une première fois tout spontanément, tout naïvement, s’abandonnant au fil des sensations, de ses propres réactions. Après, viendra le temps de la lecture du dépliant, ou plus, le temps de la (re)connaissance de ce qu’il aura vu, un peu sans lui avoir trouvé du sens d’emblée. Et d’une deuxième visite, il y a le temps jusqu’au 9 janvier, alourdissant, dans le meilleur sens du terme, de ce savoir. ●

TANZ

Messerwetzend zum Bolero mit Soft-Eis

Morbide Akrobatik trifft auf lasziven Rollschuhlauf, so könnte man die beiden Soli beschreiben, die am selben Abend im Mamer Kinneksbond performt wurden. Der Schweizer Marc Oosterhoff und die Luxemburgerin Jill Crovisier präsentierten hier ihre zwei neuesten Kreationen: *Take Care of Yourself* und *I(CE) (S) CREAM: Boléro Femme* und tanzten beide auf ihre Art aus der Reihe.

Die Soloperformance *Take Care of Yourself* mäandert zwischen Zirkus, Performance und zeitgenössischem Tanz. Auf der Bühne eine Flasche Whisky, ein Dutzend Schnapsgläser, Messer, Papierkügelchen, eine tickende Uhr, dazwischen ein verschmutzter Darsteller (Marc Oosterhoff), der sich ganz und gar der Gefahr aussetzt. In seiner nur etwa zwanzigminütigen Performance riskiert Oosterhoff alles, prangert die Sicherheitsstandards an, die unseren Alltag mittlerweile kennzeichnen und uns maßregeln, und spielt bewusst mit der Gefahr. So sticht er mit gewetzten Messern zwischen seine Finger – vor einem Publikum, das ihn ständig im Blick hat und den Atem anhält. Sich explizit der Gefahr aussetzend, spürt sich der Darsteller erst recht lebendig. Marc Oosterhoff gründete 2017 seine Kompanie CIE MOOST mit dem Ziel, Tanz, Zirkus und Theater miteinander zu verbinden und nach (s)einer eigenen Sprache zu suchen: zugänglich und nicht elitär. Mit *Take Care of Yourself* erforscht Oosterhoff die Essenz des Zirkus, geht dem Risiko auf den Grund und bietet vergnüglich und bisweilen beklemmend eine kurzweilige Show, die durch ihre Doppelbödigkeit besticht. Wenn die Gefahr überwunden ist, reibt man sich die Augen wie in den akrobatischen Zirkusshows aus Kindertagen.

Maurice Ravels ursprünglich als Ballett konzipierter *Bolero* ist zeitlos, sein von -zig Orchestern in aller Welt interpretiertes Werk, ein einfacher Rhythmus in der Endlosschleife, geht unter die Haut und versetzt einen in eine euphorische Stimmung. Vor fast 100 Jahren, 1928 an der Pariser uraufgeführt, tanzte Ravels Muse, die 43-jährige Ida Rubinstein, als einzige Frau in einem Kreis von 20 jungen Tänzern und schockierte mit ihrem erotischen Tanz das Publikum.

Was aber kann heute noch schockieren? Jill Crovisier interpretiert den Bolero ausgefallen, mit Griff in die Achtzigerjahre-Kiste. Mit *I(CE) (S) CREAM: Boléro Femme* lässt sie auf nur einem Quadratmeter eine Tänzerin (Victoria Tvardovskaya) mit Rollschuhen und Eis leckend den *Bolero* lasziv interpretieren. Leidenschaftlich folgt die Tänzerin dem Rhythmus – ihrer inneren Stimme folgend. Eine rasante Interpretation, als Spiegelbild einer schnelllebigen Zeit, die unter schepperndem Klappern der Rollschuhe und gerade durch ihre neckische Ästhetik betört. So sinnlich Eis schleckend hat wohl noch keiner Ravels *Bolero* auf die Bühne gebracht! ● Anina Valle Thiele

Take care of yourself, Konzeption, Regie, Interpretation und Lichtdesign: Marc Oosterhoff, Produktionscompagnie MOOST

I(CE) (S)cream: Boléro Femme, Choreografie: Jill Crovisier, Performance: Victoria Tvardovskaya, Produktion: JC Movement

Marc Oosterhoff in seinem Solo *Take care of yourself*



BANDE DESSINÉE

Une résistance qui swingue

Pablo Chimienti

Le duo Salva Rubio et Danide rend hommage aux zazous, mouvement de jeunesse qui a « résisté » aux nazis en dansant le swing dans les caves parisiennes à travers *All too soon*, premier tome d’une trilogie qui vient de paraître

Un zazou est « adolescent manifestant une passion immodérée pour la musique de jazz américaine et qui se faisait remarquer par une tenue vestimentaire excentrique », nous apprend le site du Centre national de ressources textuelles et lexicales. Leur nom provient de la chanson de Johnny Hess *Je suis swing* – dont le refrain faisait : « je suis swing, je suis swing, zazou, zazou, zazou zazou dé » –, tirée, elle-même du morceau de jazz *Zah Zuh Zaz* de Cab Calloway. À n’importe quelle autre époque du vingtième siècle, cette mode aurait été perçue comme une simple contre-culture, une rébellion générationnelle. Mais dans la France des années quarante, sous l’occupation, cette mode est considérée comme une sorte de rébellion et de résistance.

Voilà le décor des *Zazous*, nouvelle trilogie signée du duo espagnol Salva Rubio et Danide. Ce dernier a dessiné *Potlatch* (2017), *Phagocytose* (2018) et *Maculas* (2020) ; le premier, scénariste ciné et BD, a publié *Monet, nomade de la lumière* (2017), *Le Photographe de Mauthausen* (2017), *Miles et Juliette* (2019), *Django Main de feu* (2020) et *Degas, la danse de la solitude* (2021). On sent dans cette bibliographie une passion pour les artistes et pour les arts : peinture, photogra-

phie mais surtout musique. Pas étonnant donc de retrouver Salva Rubio sur le projet *Les Zazous*.

Un projet dont le récit de ce premier tome, *All too soon*, débute le 14 juin 1940, dans la capitale française. L’armée allemande défile sur l’avenue des Champs-Élysées et le drapeau à la croix gammée flotte sous l’Arc de Triomphe. Les Français ne peuvent que les observer, défaits, les larmes aux yeux. Au loin un homme observe la scène depuis un toit. C’est Fred. Il n’est plus tout à fait un enfant, mais pas encore tout à fait un adulte. Il se dit impas-sible : « Vraiment ?/ Vous n’avez rien vu venir ?/ À aucun moment vous nous ne vous êtes doutés du danger ?/ Vous étiez pourtant censés nous protéger, non ? Vous tous, hommes politiques, diplomates, policiers, généraux.../ Les adultes, quoi./ Nous vous faisons confiance./Nous avons placé en vous tous nos espoirs./ Et vous les avez déçus./ Vous êtes aussi stupides qu’inutiles./ Que ce soit bien clair : ne comptez pas sur moi pour vous tirer de là. »

Dès la première page, les choses sont limpides. Fred compte bien faire profil bas et, occupation ou pas, s’intéresser uniquement à sa propre subsistance.

Enfin presque, car ce petit roublard qui vit de petits larcins, a une petite sœur avec qui il partage une chambre de bonne à la porte murée au dernier étage d’un immeuble. Pour y accéder, il doit passer par



la fenêtre. Pas ultra-pratique, mais si ça peut éviter une descente de l’armée allemande ou de la police vichyste, pourquoi pas ! La police, justement, ne va pas tarder à lui mettre la main dessus. S’il ne veut pas finir en prison, sans procès mais avec la recommandation de recevoir « tous les traitements de faveur, et bien profond », il va devoir jouer les indics. Sa mission ? Surveiller la fille du commissaire qui « ces derniers temps a... de mauvaises fréquentations ».

Ces fréquentation sont les zazous. Des jeunes de bonne famille qui s’affrontent à coup de pas de danse, de swing, de coiffures gominées et de fringues ultra-colorées. Une bande apolitique, volontairement insouciant ; des « je m’en foutistes » pour certains, des « esprits libres » pour d’autres. Des jeunes en tout cas hais par Vichy, les nazis et les collaborateurs en tout genre, mais que, Fred, bien que piètre danseur, va rapidement apprécier. « Ils me plaisent bien ces doux dingues » pense-t-il lors de sa première soirée avec eux. Le voilà donc tirillé entre une police qui lui demande, violemment si nécessaire, des comptes et des jeunes qui l’ont, rapidement et sans trop poser de question, accueilli comme un des leurs.

Agréable à lire, proposant même une *playlist* en dernière page pour accompagner le récit, les 56 pages de ce premier tome se tournent avec plaisir. Intense, le récit demeure aisé, malgré quelques scènes plutôt sombres et difficiles – l’occupation, on a beau vouloir l’oublier, elle est bien présente dans la vie des personnages. Les couleurs vives des zazous, leur folle envie de danser, d’écouter de la musique américaine, de s’amuser, de choquer aussi... transpirent tout au long de cette histoire où chacun à sa part d’ombre et de lumière : Français comme Allemands, étudiants comme policiers, commerçants comme voleurs...

Les réflexions de Fred apportent une vision intéressante, apolitique mais sans tabou, de son époque et de ses gens, tandis que le dessin et le découpage donnent énergie et rythme à ce premier de la série. L’ensemble fait de ces *Zazous*, un récit aussi dramatique que virevoltant ! ●

Les Zazous, Tome 1, *All too soon* de Salva Rubio et Danide. Glénat. EAN : 9782344041772.

KINO

Verkommene Männerwelt

Marc Trappendreher

Paris, 29. Dezember 1386 – Für einmal darf man geneigt sein, der Behauptung *based on true events* Glauben zu schenken: Die Ereignisse aus dem Ritterfilm *The Last Duel* sind durch zeitgenössische Gerichtsakten belegt. Das besagte „letzte Duell“ war das letzte Mal, dass im Mittelalter ein Zweikampf als göttliches Gerichtsurteil ausgetragen wurde. Der Ritter Jean de Carrouges hatte seinen alten Freund und Weggefährten Jacques le Gris angeklagt, seine Frau Marguerite vergewaltigt zu haben. Le Gris wies den Vorwurf zurück. Das Duell sollte

darüber entscheiden, wer Recht hatte, da Gott den Gerechten mit dem Sieg belohnen würde. Die Aufzeichnungen von Le Gris’ Rechtsanwalt haben bis heute überlebt. Dank ihrer Ausführlichkeit ist der Fall außerordentlich gut dokumentiert und wurde in Romanform von Eric Jager 2004 dramatisiert. Ben Affleck und Matt Damon nahmen sich des Romans an und haben seit *Good Will Hunting* (1997) erneut ein Drehbuch zusammen verfasst. Klugerweise haben sie sich nicht nur von Nicole Holofcener weibliche Unterstützung geholt, sondern sich

für die Umsetzung an Regisseur Ridley Scott gewandt, der mit *Kingdom of Heaven* (2005) oder *Robin Hood* (2010) das Mittelalter massentauglich auf die Leinwand brachte.

Alles, was man von einem Film dieses Genres, dieses Regisseurs und mit diesem Titel erwarten könnte, findet hier statt – und dann auch wiederum nicht. Es ist ein Film, der sowohl um den Impuls zur Rache als auch um die Motive von Verstehen und Vergeltung und um die Rolle der Frau kreist – kein Schlachten-gemälde wie in *Kingdom of Heaven*, einzig gilt das Zusammentreffen beider Kontrahenten, das so unabwendbar ist, wie der Selbstbehauptungsversuch der Frau illusorisch ist. Der Film gliedert sich in drei Erzählabschnitte, jedes Mal aus der internen Fokalisierung: zuerst Carrouges’ (Matt Damon), dann Le Gris’ (Adam Driver) und dann aus der Sicht der Frau, Marguerite (Jodi Comer), die mit der Einblendung „Die Wahrheit“ eingeleitet wird. Seine besondere Pointe bietet der Film, indem Szenen nachgereicht werden, indem die Kameraführung und -position sich ändern, sich anpassen, je nach Sichtweise der Ereignisse. So gesehen ist *The Last Duel* ein Musterbeispiel für filmisches unzuverlässiges Erzählen. Dieser narrative Trick ist mindestens so alt wie das japanische Nachkriegskino: Die filmische Vorlage ist *Rashomôn* (1951) von Akira Kurosawa. Diese drei grundsätzlichen Handlungsführungen erlauben die Kombination von sich wandelnden Positionen. Der Film erreicht damit immer mehr eine moralische Indifferenz gegenüber den Männerfiguren, denn sie hängt mit einer psychologischen zusammen: Ohne männliche Identifikationsfiguren und ohne Figuren, die durch Sympathie-lenkung affirmativ dargestellt werden, gibt es auch keine Affirmationen von Wertvorstellungen. Die mit dem Ritterfilm gemein-hin verbundenen emotionalen Assoziationen von Begeisterung, Aufregung und Abenteuer greifen hier nicht mehr.

Das Entstehen für eine gerechte und aufrechte Sache, was den Helden Gelegenheit gäbe, ihre Fähigkeit im Kampf zu bewei-

Alles, was man von einem Film dieses Genres, dieses Regisseurs und mit diesem Titel erwarten könnte, findet hier statt – und dann auch wiederum nicht

sen, wie ihre Ehre, ihren Gerechtigkeitsinn, all das ist in *The Last Duel* obsolet geworden; was mithin verloren geht, ist die naive, idealisierte Vorstellung von Ritterlichkeit. Viel eher vermittelt sich in *The Last Duel* das Empfinden für eine Welt der Täuschung und Maskierung, in der man auch dem letzten Akteur gegenüber misstrauisch werden muss. Die Frage nach Gut und Böse stellt sich ein solcher Film nicht wirklich, er ist vielmehr von der Mechanik der Rache fasziniert und umso mehr entsetzt ob der emotionalen Gleichgültigkeit gegenüber der Frau. Mit der extradiegetischen Wahrheitsbekundung der Frauenperspektive macht *The Last Duel* seine Position ganz transparent. Die Frau kann aus ihrer rein funktionalen Rolle als Katalysator des Helden denn auch insofern heraustreten, im Endeffekt sogar selbst die Heldin werden, als sie, zwar gebunden an die Kodexe des Gesellschaftssystems, sich doch eine Stimme verleiht. *The Last Duel* beschreibt einen Weg zur Eskalation der Gewalt, auf dem es gar nicht mehr eines radikalen, schurkischen Bösewichts, eines vollkommen moralischen Außenseiters bedarf – das ist insofern denn auch Ausdruck einer reichlich verkommenen Männerwelt. ●



Adam Driver und Matt Damon, Eins gegen Eins



KONFERENZZYKLUS

AFTERWORK AESTHETICS

NORA SCHLEICH

ETTELBRUCK | CAPE.LU



CENTRE
DES ARTS
PLURIELS
ETTELBRUCK



Ettelbrück
KULTURSTIFTUNG



LE GOUVERNEMENT
DU GRAND-DUCHÉ DE LUXEMBOURG
MINISTRE DE LA CULTURE

INFOS & RÉSERVATIONS
2681 2681
WWW.CAPE.LU

18. OKTOBER 2021
SCHÉINHEET,
WOURECHT AN DAT ABSOLUT

15. NOVEMBER 2021
KONSCHT ALS ERLICHTERUNG

13. DEZEMBER 2021
DAT SCHÉINT
INTERESSÉIERT NET

10. JANUAR 2022
KULTUR AN ÄSTHETESCH
BILDUNG

07. FEBRUAR 2022
IWWER ELLENES AN EEKLEGES

14. MÄERZ 2022
DAT ONDUERSTELLBAART

02. MEE 2022
WÉINI ASS E KONSCHTWIERK
E KONSCHTWIERK?

30. MEE 2022
A.I. AN DIGITALISIATOUN

SAISON 2021-2022

Petit fromager devient grand

Salomé Jeko

On les compte sur les doigts d’une seule main, les fromagers au Luxembourg. Ceux dont les vitrines débordent de montagnes de tommes, camemberts, comtés, crottins et autres munsters. Ceux qui évoquent avec passion l’obtention de croûtes fleuries, lavées, cendrées, de pâtes molles, pressées, colorées ou persillées, caressant de la main leurs trésors moulés et affinés, odorants et aromatiques à souhait.

Une fois n’est pas coutume, c’est en dehors de la capitale, à Mamer, que s’est installé en 2017 Le Cœur de Meule, dernier né de ces réjouisseurs de palais. Derrière l’enseigne, deux Français : Philippe, originaire des Bouches-du-Rhône et Émilie, venue tout droit de Bretagne. Le couple se rencontre à Megève, en Savoie – la terre des fromages – avant de venir s’installer en 2006 au Luxembourg. « Nous sommes issus du secteur de l’hôtellerie-restauration et j’ai été recruté par la brasserie La Lorraine, pour laquelle j’ai été maître d’hôtel pendant dix ans », explique Philippe. Après le rachat du restaurant, ce dernier est licencié et saisi alors l’opportunité de réaliser son rêve d’ouvrir sa fromagerie. « Je me suis toujours dit que si j’arrêtais

la restauration, ce serait pour faire ça. Les fromagers me passionnent depuis des années. J’ai toujours été intéressé par les plateaux qu’on proposait en salle à nos clients et je reste fasciné par cette multitude de choses qu’on peut faire avec le lait », confie-t-il.

Philippe déniche un local route d’Arlon, à Mamer, pas à côté du centre-ville, mais peu importe. « Quand les produits sont bons, les gens viennent. Et les clients sont très rapidement venus. Il y a d’abord eu les habitants du coin, très contents qu’on ouvre un commerce de proximité de ce type, puis de plus en plus de personnes venues d’un peu plus loin, qui avaient entendu parler de nous grâce au bouche à oreille », raconte le propriétaire des lieux. Quelques mois avant l’ouverture, Émilie et Philippe font un tour de France et de leurs contacts pour dénicher les bons fromages et toute une gamme de produits gastronomiques destinés à les accompagner. « Nous avons fait confiance à un Meilleur Ouvrier de France en fromagerie pour nous fournir tous les grands fromages classiques. Les choses plus originales, nous les cherchons auprès de producteurs indépendants. Nous travaillons également avec des confitures d’exception que nous connaissons de Savoie, ou avec un producteur de corni-

chons qui est le dernier à les cultiver, les récolter et les préparer à la main en France », indique Philippe.

Son ambition est d’apporter la crème de la crème des fromages à ses clients, mais aussi de leur enseigner le concept de saisonnalité. « Ça n’existe pas que pour les fruits et légumes, mais ça vaut aussi pour le fromage. Il y a un temps pour tout et actuellement, nous avons par exemple moins de chèvres, mais davantage de produits d’alpage », explique-t-il. À coups de conseils savamment distillés, de plateaux bien pensés, d’accords parfaits et de pépites à se damner, Le Cœur de Meule se fait un nom et en quatre ans, se taille une belle réputation. Entourés de Clélia et Laure, leurs deux employées, Philippe et Émilie finissent par proposer une petite carte du midi, permettant à chacun de venir déguster sur place ou d’emporter en guise de lunch, sandwiches, salades et assortiments des produits de l’enseigne.

L’été dernier, la petite fromagerie de Mamer s’est délocalisée sur différents marchés du pays, notamment sur celui de Sandweiler. « La commune fait partie de de nos clients et nous a convaincu de participer. Mais nous n’avions pas vraiment l’équipement adéquat, c’est pour ça que nous avons maintenant commandé un camion qui nous permettra de faire les choses bien et pourquoi pas, d’effectuer des tournées dans les petits villages du Luxembourg. Je crois très fort à cette relance du commerce itinérant pour redynamiser certains coins du pays », argumente Émilie. En attendant, le couple prépare avec entrain l’ouverture imminente de L’Épicerie du Cœur de Meule à Bertrange. Un tout nouveau projet qui prendra vie début novembre, au sein de l’ancienne poste de la commune, et au sein duquel Émilie et Philippe proposeront tout le meilleur des aliments made in France. « Ce n’est pas par chauvinisme mais bel et bien parce que nous adorons manger et que nous avons envie de faire découvrir les bonnes choses de chez nous aux gens d’ici. C’est le savoir-faire gastronomique de la France que nous souhaitons mettre en avant, en

misant sur beaucoup de produits artisanaux haut de gamme, issus de maisons de tradition, de champions du monde et de producteurs d’exception, que l’on ne retrouve en vente nulle part ailleurs au Luxembourg. Il y aura quelques fromages comme à Mamer, beaucoup de charcuterie dont un jambon incroyable plébiscité par les plus grands chefs. Mais ce sera avant tout une épicerie de village, avec de la belle qualité

à des prix qui restent quand même accessibles », annonce Émilie. Une nouvelle adresse – avec une quin-zaine de couverts pour le déjeuner – où l’on risque fort de croiser tous les gourmets du coin. ●



Philippe et Émilie insistent sur la saisonnalité des fromages

Stil

L’ E N D R O I T



Wanderscheid Atelier

Pit et Veronica Wanderscheid avaient déjà tout bon avec leur boutique du centre-ville, à quelques pas du Knuedler. On y trouve une série de trésors gourmands, glanés çà et là pour mettre en valeur le terroir luxembourgeois ainsi que des préparations du chef Pit, comme ses sauces pour pâtes ou ses confitures. Le couple vient d’ajouter une corde à son arc avec Wanderscheid Atelier, juste

en tournant le coin, rue du Curé. C’est un joli comptoir traiteur avec les plats préparés sur place (la cuisine est au sous-sol) par le chef, certains à réchauffer au bureau ou à la maison et d’autres à manger froids. Les recettes changent tous les jours selon la saison et les idées du chef. On pourra ainsi déguster un poulet à l’orange, un civet de gibier, des nouilles sautées, des quiches de saison (figue et chèvre pour l’instant, par exemple), des gratins ou des salades. Sans oublier les incontournables Gromperkichelcher, boulettes de viande ou pâtes au riesling. On peut aussi acheter des fonds et des soupes en bocal, toujours cuisinés par Pit (avec des étiquettes dessinées par Veronica), quelques huiles d’olives ou pâtes à tartiner, le couple aimant aussi chiner des produits plus au sud. Le bon plan pour le midi : la foccacia garnie.

Livrés tous les matins par un artisan boulanger, ces galettes italiennes sont farcies au choix de charcuterie, sauces et diverses garnitures pour offrir une infinité de possibilités dans un sandwich très généreux pour 11,50 euros (photo : Wanderscheid). Comme les deux adresses communiquent, il ne faut pas hésiter à ajouter une bouteille de vin ou de jus à la commande. [fc](#)

L’ A N N I V E R S A I R E

30 ans de Poll Fabaire

La marque de crémant de Vinsmoselle a été créée en 1991 et doit son nom au premier président des caves coopératives, Paul Faber. Cette création coïncide avec l’établissement d’un cadre légal

pour le crémant de Luxembourg fixant une série de règles strictes pour bénéficier de l’appellation : récolte des raisins (uniquement au Luxembourg) à la main, pressurage de raisins entiers, repos sur lies pendant minimum neuf mois... Toute ces conditions garantissent l’originalité du vin, le respect du terroir, la saveur authentique. Mais des vins mousseux sont produits par la coopérative depuis bien plus longtemps. Le riesling perlé (1951) et le Duc Henry (1956) ont été créés par les caves de Wellenstein (où sont toujours regroupées



toutes les étapes de la fabrication du crémant). Aujourd’hui, plus de 200 familles de coopérateurs adhèrent à une charte fixée spécifiquement pour Poll Fabaire, ce qui assure une certaine continuité et homogénéité des goûts d’année en année. Plusieurs cuvées sont ainsi réalisées avec des exigences différentes : certaines sont issues de cépages uniques (riesling, chardonnay, pinot blanc ou pinot noir), mais la plupart sont des assemblages, certaines sont millésimées (la cuvée 2018, avec un assemblage de riesling, auxerrois et pinot blanc est particulièrement réussie). La cuvée anniversaire, baptisée 30 (photo : [fc](#)) est composée de pinot blanc, chardonnay et pinot gris. Elle dégage des arômes de fruits jaunes mûrs et des notes fruitées de mangue et de melon. Par la même occasion, la marque a revu ses étiquettes et modernisé son look. [fc](#)

L’ E N D R O I T

Krishna Vilas

Luxembourg n’est pas avare en restaurants indiens, mais la plupart propose surtout une cuisine du centre ou du nord de cet immense pays. Partant de ce constat, Sai Sumanth Patten et son épouse Sai Arpita Immaneni, issus tous deux du secteur informatique et financier, ont implanté Krishna Vilas à Luxembourg (rue du Fort Neiperg), suivant une franchise déjà présente aux Pays-Bas. Dans un cadre de bois foncé (un peu austère), on sert des plats cent pour cent végétariens qui suivent les traditions du sud de l’Inde. Parmi la quarantaine de propositions à la carte (qui va du petit-déjeuner au dessert du



dîner), on trouve par exemple le *dosa* (photo : Krishna Vilas), un mets traditionnel de plus de 2 000 ans. Il ressemble à une crêpe de pâte fermentée à base de lentilles et de riz, accompagnée de sauces. Les plus indécis opteront pour le *thali* qui rassemble en un plat, les masalas traditionnels, mélangés et cuits à l’étouffée avec des légumes, associés à des pains plats. Les plus audacieux iront glaner dans la liste des *paneer*, fromage de bufflonne en sauce plus ou moins piquante selon les goûts. [fc](#)

